



# Landtag von Baden-Württemberg

11. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 27. Juli 2011 • Haus des Landtags

Beginn: 10:00 Uhr

Schluss: 13:14 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	411	Abg. Klaus Maier SPD . . . . .	436
1. Aktuelle Debatte – <b>Mit motivierten Polizistinnen und Polizisten für ein sicheres Leben in Baden-Württemberg sorgen</b> – beantragt von der Fraktion der SPD . . . . .	411	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	438
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD . . . . .	411	Minister Dr. Nils Schmid . . . . .	440
Abg. Thomas Blenke CDU . . . . .	413, 420	Abg. Peter Hauk CDU . . . . .	444
Abg. Petra Häffner GRÜNE . . . . .	415, 421	Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . .	444
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	416	Beschluss . . . . .	445
Minister Rainer Stickelberger . . . . .	418	4. <b>Herstellung des Einvernehmens zur Berufung von sieben sachverständigen Persönlichkeiten in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung</b> . . . . .	449
2. Aktuelle Debatte – <b>Der Automobilstandort Baden-Württemberg unter Grün-Rot – Abstieg gewünscht?</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP . . . . .	422	5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 3. März 2011 – <b>Bericht der Landesregierung nach § 6 Abs. 1 des Auszeichnungsgesetzes (AuszG)</b> – Drucksachen 14/7680, 15/261 . . . . .	449
Abg. Leopold Grimm FDP/DVP . . . . .	422	Beschluss . . . . .	449
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU . . . . .	423	6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2011 – <b>Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2011 (mit Fortschreibung bis 2014)</b> – Drucksachen 15/172, 15/343	
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE . . . . .	425	7. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 26. November 2010 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 24: Förderung der Landesbühnen</b> – Drucksachen 14/7256, 15/229	
Abg. Peter Hofelich SPD . . . . .	427		
Minister Dr. Nils Schmid . . . . .	429		
3. a) Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung eines Vierten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011</b> – Drucksache 15/300			
b) Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2011 – <b>Bericht der Landesregierung zum Kassensturz</b> – Drucksache 15/155			
Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksachen 15/340, 15/341 . . . . .	430		
Abg. Klaus Herrmann CDU . . . . .	431		
Abg. Muhterem Aras GRÜNE . . . . .	433		

8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. November 2010 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2004 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2002 – Beitrag Nr. 5: Einheitliches Personalverwaltungssystem und Führungsinformationssystem Personal** – Drucksachen 14/7255, 15/230
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. Dezember 2010 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 22: Verkauf von Landesimmobilien** – Drucksachen 14/7359, 15/231
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Dezember 2010 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 – Beitrag Nr. 10: Datenverarbeitung der Polizei** – Drucksachen 14/7305, 15/232
11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Dezember 2010 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 7: Umsetzung und Finanzierung des Generalverkehrsplans** – Drucksachen 14/7358, 15/233
12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Dezember 2010 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 5: Einstellung und Versetzung von Beamten nach Vollendung des 40. Lebensjahres** – Drucksachen 14/7306, 15/234
13. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Dezember 2010 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 27: Staatliche Kunsthalle Baden-Baden** – Drucksachen 14/7360, 15/235
14. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Dezember 2010 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 17: Personalunterkünfte der Zentren für Psychiatrie** – Drucksachen 14/7401, 15/236
15. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. Dezember 2010 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 – Beitrag Nr. 27: Bibliothekservice-Zentrum Baden-Württemberg** – Drucksachen 14/7399, 15/237
16. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. Dezember 2010 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 20: Steuervorteile bei Gebäuden in Sanierungsgebieten** – Drucksachen 14/7402, 15/238
17. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. Dezember 2010 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 6: Förderung von Verkehrsverbänden** – Drucksachen 14/7408, 15/239
18. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Januar 2011 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 16: Zuwendungen für Erhalt und Pflege von Kulturdenkmälern** – Drucksachen 14/7475, 15/240

19. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. März 2011 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 23: Abfallwirtschaft an den Universitäten** – Drucksachen 14/7683, 15/241
20. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Dezember 2010 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 22. Oktober 2009 zu Ansätzen für ein optimiertes Erhaltungsmanagement bei Landesstraßen** – Drucksachen 14/7350, 15/242
21. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. Juni 2011 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs „BKV – Bäder- und Kurverwaltung Baden-Württemberg und ihre Beteiligungen an Bäder- und Kurunternehmen“** – Drucksachen 15/93, 15/342 ..... 449
- Beschluss zu den gemeinsam aufgerufenen Tagesordnungspunkten 6 bis 21 ..... 451
- Nächste Sitzung ..... 451

## Protokoll

über die 11. Sitzung vom 27. Juli 2011

Beginn: 10:00 Uhr

**Präsident Willi Stächele:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Ich eröffne die 11. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Hillebrand, Dr. Kern, Müller, Schneider und Wahl erteilt.

Krankgemeldet ist Herr Innenminister Gall.

Dienstlich verhindert ist ab 12:00 Uhr Herr Minister Friedrich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e* liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Antrag der Landesregierung vom 19. Juli 2011 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 15/297

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 19. Juli 2011 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrags über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder – Drucksache 15/298

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

\*

Unter Punkt 3 a unserer Tagesordnung sind die Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung über die Feststellung eines Vierten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011 vorgesehen. Sie sind gemäß § 50 unserer Geschäftsordnung mit dieser Fristverkürzung zwischen der Zweiten und der Dritten Beratung des Gesetzentwurfs einverstanden. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Mit motivierten Polizistinnen und Polizisten für ein sicheres Leben in Baden-Württemberg sorgen – beantragt von der Fraktion der SPD**

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der

Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

Zur Begründung erhält Herr Abg. Sakellariou das Wort. Bitte schön.

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen zusammen!

(Zurufe: Guten Morgen!)

Wir führen heute eine Aktuelle Debatte zu dem positiven Thema „Mit motivierten Polizistinnen und Polizisten für ein sicheres Leben in Baden-Württemberg sorgen“.

Ich bin zehn Jahre lang in der Strafvollzugspolitik tätig gewesen, habe dann „die Seiten gewechselt“ und bin jetzt neuer polizeipolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Gute Tätigkeit!)

In dieser Funktion habe ich mich gleich zum Einstieg mit den Verhältnissen in diesem Bereich vertraut gemacht. Ich habe mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gesprochen und natürlich auch dadurch, dass wir seitens der SPD den Innenminister stellen, Einblicke in das Innere des Polizeiwesens bekommen. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe angesichts der Vorstellungen, die hier vorherrschen, nicht für möglich gehalten, was wir im Bereich der inneren Sicherheit, bei der Polizei in Baden-Württemberg vorgefunden haben.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir haben bei der Polizei – um es einmal in Zahlen auszudrücken – einen Investitionsstau von 300 Millionen €, und zwar nicht nur was die sächliche, sondern auch was die personelle Ausstattung angeht. Wir stehen auf dem letzten Platz in ganz Deutschland, was die Polizeidichte betrifft,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

obwohl wir, Herr Kollege Zimmermann, im Jahr 2002 noch den zwölften Platz innehatten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es kommt auf die Kriminalität an! Schauen Sie sich die Kriminalitätsrate dort an, wo ihr regiert, z. B. in Berlin!)

Das heißt, innerhalb der letzten acht Jahre sind wir auf den letzten Platz abgefallen. Das ist die Ausgangssituation, von der aus wir jetzt starten. Hier haben wir uns einiges vorgenommen.

(Nikolaos Sakellariou)

Es stimmt: Wir haben in den letzten Wochen viel über den Koalitionsvertrag, über Bildungspolitik, über das Baurecht geredet. Jetzt befasst sich die erste Aktuelle Debatte, die von der SPD in dieser Legislaturperiode beantragt wurde, mit dem Thema „Innere Sicherheit“ und der Situation der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schauen Sie nach Berlin!)

Damit wollen wir ein Zeichen setzen. Allen, die nicht geglaubt haben, dass ausgerechnet dieses Thema für uns von besonderer Bedeutung ist,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

werden wir jetzt zeigen, dass gerade wir dieses Thema besonders ernst nehmen.

Schauen wir uns die Rahmenbedingungen an. Wir können insgesamt eine Verrohung der Sitten in unserer Gesellschaft beobachten. Wir beobachten eine steigende Zahl von jüngeren Straftätern und von Gewaltdelikten –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Haben Sie den Schlossgarten auch angesehen, Herr Kollege?)

auch gegen Polizeibeamte – sowie insgesamt viel weniger Respekt gegenüber den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Heute am Bauzaun!)

viel weniger Respekt an allen Orten. Das ist jetzt keine Frage des Regierungswechsels, sondern das ist ein gesellschaftliches Problem.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Sehr schön! – Abg. Thomas Blenke CDU: Ein Problem der neuen Koalition!)

Das war vorher so, und das ist im Moment auch so.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Herr Präsident, habe ich nicht zehn Minuten Redezeit?

**Präsident Willi Stächele:** Sie können diese zehn Minuten durchgehend in Anspruch nehmen. Dann gibt es aber keine zweite Redemöglichkeit mehr; das ist klar.

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Alles klar. – Man muss sich einmal vor Augen halten, welche Aufgaben Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte haben. Denn sie haben letztlich die Aufgabe, das Recht, das hier in diesem Haus beschlossen wird, durchzusetzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das sehen wir am Bahnhof! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege, das ist ihr Auftrag! Das ist doch keine neue Erkenntnis! – Gegenruf des Abg. Andreas Deuschle CDU: Für den Kollegen aber vielleicht schon!)

Sie haben das Recht und die Verpflichtung, im Streit zwischen Bürgern und bei Urteilen diese Rechte gegenüber den Bürgern durchzusetzen. Polizisten schützen Menschen sowie das Hab und Gut von Leuten, die sich nicht selbst helfen können.

Dieselbe Gesellschaft insgesamt, die sich darüber beklagt, dass bei einer Gefahrenlage nicht sofort oder nicht schnell genug eine ausreichende Zahl von Polizisten vor Ort ist, ist es auch, die sich darüber beklagt, dass der Respekt gegenüber Polizeibeamten sinkt. Wir können beobachten, dass in dem Umfang, wie der Respekt gegenüber Polizeibeamten sinkt, die Erwartungen an diese steigen; das verhält sich quasi umgekehrt proportional. Die Polizei ist eine Eingriffsverwaltung und hat das Gewaltmonopol. Da muss man natürlich auch den handelnden Personen auf die Finger schauen, wenn dieses Monopol ausgeschöpft wird. Aber man muss die Menschen, um sie zu motivieren, auch entsprechend ausstatten. Zur Motivation gehört auch die Ausstattung mit Arbeitsmaterial.

Ich will Ihnen aus der jüngsten Vergangenheit über ein Beispiel zur Ausstattung mit Arbeitsmaterial berichten, das mich wirklich geschockt hat. Da ist ein Polizeibeamter wegen Schüssen in einer Wohnung gerufen worden. Dann sind dort mehrere Polizeibeamte erschienen, die die Situation entschärfen wollten. Genau in diesem Moment haben alle drei Funkgeräte der eingesetzten Polizeibeamten versagt –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oi!)

alle drei Funkgeräte!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch unglaublich! – Abg. Walter Heiler SPD: Katastrophal!)

Wenn Beamte zu einem Einsatzort gerufen werden, wo Schüsse aus einer Wohnung kommen, ist das für die Beamten lebensgefährlich. Die spüren natürlich, dass es auch eine Geringschätzung ihrer Arbeit ist, wenn sie nicht anständig ausgestattet sind.

Ein anderes Beispiel: die PC-Ausstattung. Wir haben Fälle, bei denen der Jugendsachbearbeiter von seinem Polizeiposten in ein mehrere Kilometer entferntes Polizeirevier wechseln muss, weil er nur dort einen tauglichen Computer vorfindet, an dem er seine Recherchen durchführen kann. Wir haben für sechs Polizeibeamte vier PCs. Mir wurde ein Fall geschildert, bei dem ein Polizeibeamter an einem Tag dreimal den PC wechseln musste, weil dieser jeweils anderweitig in Anspruch genommen wurde. Wie soll man denn da sinnvoll arbeiten?

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wie soll ich den Menschen sagen: „Ich respektiere eure Arbeit, ich schätze euch wert“, wenn ich sie mit solchem Material ausstatte? Das reicht mitnichten aus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben auf diese Herausforderung reagiert und gleich in unserem ersten Nachtragshaushalt 6 Millionen € bereitgestellt, um wenigstens die größten Löcher zu stopfen. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten waren uns dafür dankbar.

(Abg. Walter Heiler SPD: Sehr gut! – Abg. Thomas Blenke CDU: Was Sie da erzählen, ist abenteuerlich!)

Der zweite Punkt: Altersaufbau und Personalausstattung. Auch hier gibt es Probleme. Wir wissen, dass im Jahr 2016 eine riesige Pensionierungswelle bevorsteht. Wir müssen darauf re-

(Nikolaos Sakellariou)

agieren. Am besten fangen wir damit an, dass wir im Jahr 2012 statt 800 nun 1 200 Polizeianwärter einstellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Das ist ein doppeltes Signal – einmal eines zur Verstärkung der Polizeiarbeit, aber auch eines gegenüber dem doppelten Abiturjahrgang –, dass wir als Landesregierung reagieren, und zwar in die richtige Richtung. Das müssen wir auch, denn die Polizeibeamten sind besonderen gesundheitlichen Herausforderungen ausgesetzt.

Ich nenne Ihnen ein paar Stichworte: Die psychische Belastung im Polizeidienst ist unbestritten hoch. Das hängt mit dem Personalstand zusammen. Die im Polizeidienst tätigen Frauen sind viel seltener verheiratet als andere. Diese Frauen sind auch viel öfter kinderlos als andere. Bei den Personen, die im Wechselschichtdienst tätig sind, ist die Scheidungsrate erhöht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, Herr Kollege, woher kommt das denn?)

Bei einer Befragung, die die Polizei unter Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten selbst durchgeführt hat, waren 71 % der Befragten der Meinung, dass sie chronische Beschwerden hätten. Das sind gut zwei Drittel aller Beamtinnen und Beamten. Bei einem Viertel aller Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind chronische Erkrankungen festgestellt worden. Aus meiner Sicht ist dieser Anteil zu hoch. Man kann ihn nur durch eine vernünftige Personalausstattung wieder zurückführen.

Aber die vernünftige Ausstattung mit Material und Personal ist nur ein Teil der Wertschätzung. Vielmehr geht es auch um die Wertschätzung insgesamt. Dazu gehört – das war eine unserer ersten Maßnahmen, die wir umgesetzt haben –, die Einstellung für den Freiwilligen Polizeidienst jetzt zu stoppen. Dieses Signal richtet sich nicht gegen diejenigen, die sich in der Polizei freiwillig engagiert haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Doch! Das ist keine Wertschätzung dieser Menschen, wie Sie sie fordern! Das ist eine Ohrfeige! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Genau das ist es!)

– Nein, es ist ein positives Signal an die Polizeibeamten. Wenn jemand bei der Wahrnehmung einer hoheitlichen Aufgabe eine Polizeiuniform trägt, steckt hinter dieser ein hervorragend ausgebildeter Polizeibeamter, der diese Tätigkeit hauptberuflich wahrnimmt und mit Leib und Leben für das, was er tut, einsteht. Nichts anderes steckt dahinter.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das Signal ist auch deshalb wichtig, weil die Zahl der Gewalttaten gegen Polizeibeamte wirklich gravierend gestiegen ist. Dies war schon zu Ihrer Regierungszeit der Fall. Deshalb muss man natürlich mit Wertschätzung reagieren.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich nenne einige Zahlen: Es gab 2 482 Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamte, 452 Fälle von Widerstandshandlungen sowie 294 Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverlet-

zung gegen Polizeibeamte. Diese Zahlen beziehen sich lediglich auf das vergangene Jahr.

(Abg. Konrad Epple CDU: Wegen Stuttgart 21? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Hat das etwas mit Stuttgart 21 zu tun? – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ich möchte Ihnen etwas sagen, damit Sie einmal die Dimensionen erkennen, Herr Kollege Zimmermann: Bei den Eskalationen am Bauzaun am 30. September 2010 bezüglich Stuttgart 21 sind 34 Polizeibeamte verletzt worden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU, in Richtung GRÜNE zeigend: Sprechen Sie in diese Richtung!)

Darauf spielen Sie an. Aber in der Bundesligasaison 2009/2010 sind fast zehnmal so viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte – über 310 – im Zusammenhang mit der Überwachung der Bundesligaspiele erheblich verletzt worden.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Was heißt das jetzt?)

Zum Thema Wertschätzung will ich noch eine Bemerkung machen. Denn der Gipfel war eine Äußerung des Herrn von Herrmann. Eine Situation, in der ein Polizeibeamter so schwer verletzt wurde, dass er noch immer arbeitsunfähig ist, hat Herr von Herrmann damals als „heitere Atmosphäre in Feierabendsstimmung“ bezeichnet. Dazu muss ich sagen: Wenn man motivierte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte haben möchte, dann muss man sagen dürfen, dass man eine solche Äußerung – bezogen auf eine Situation, durch die ein Familienvater noch immer arbeitsunfähig und krankgeschrieben ist – nur als widerlich bezeichnen kann. Das war nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Kein Beifall bei den Grünen! – Gegenruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Doch! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber da vorn nicht!)

Wir haben uns vorgenommen, sowohl die Ausstattung mit Material als auch mit Personal zu verbessern, um genau das zu erreichen, was heute Thema dieser Aktuellen Debatte ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Willi Stächele:** Zur Klarstellung: Wir haben für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen fünf Minuten und für die Redner in der zweiten Runde jeweils fünf Minuten Redezeit. Aber es steht Ihnen natürlich frei, die fünf Minuten aus beiden Runden bereits in der ersten Runde in Anspruch zu nehmen, wie es eben geschehen ist.

In der weiteren Debatte erteile ich Herrn Abg. Blenke für die CDU-Fraktion das Wort.

(Abg. Winfried Mack CDU: Guter Mann! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Endlich einmal einer, der sich auskennt!)

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Sakellariou, ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen als Polizeisprecher. Mit

(Thomas Blenke)

Verlaub: Nach dem, was ich eben gehört habe, muss ich sagen, dass Sie aber noch erheblich in der Einarbeitungsphase sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist jetzt aber keine gute Zusammenarbeit! Das ist eine Frechheit! Quatsch!)

– Das werfe ich ihm nicht vor. – Die Polizei sorgt für Sicherheit und für Freiheit. Damit ist die Polizei die Visitenkarte des Rechtsstaats. Um ihrer Arbeit nachgehen zu können, bedarf es in der Tat einer großen beruflichen Motivation. Es bedarf motivierter Polizeibeamter. Da haben Sie ein paar Punkte angesprochen. Es ist in der Tat so: Das Ganze beruht auf verschiedenen Säulen.

Sie sprechen die technische Ausstattung an. Mit Verlaub, da sind Sie falsch informiert.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Schauen Sie doch einmal in die anderen Bundesländer. Alle anderen Bundesländer in Deutschland beneiden uns um die Ausstattung unserer Polizei.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wir haben in die Ausstattung der Polizei immens investiert. Das wird am sichtbarsten bei den Fahrzeugen, das sehen Sie bei der persönlichen Ausstattung, bei der neuen Uniform, bei der Schutzausrüstung, die wir infolge des Amoklaufs von Winnenden und Wendlingen mit einem Millionenaufwand erheblich verbessert haben. Sie sind schlicht schiefgewickelt, wenn Sie das anführen.

Mit Verlaub, Herr Kollege Sakellariou, es ist schön, dass Sie jetzt im Nachtragshaushalt Mittel für einige erforderliche Ersatzinvestitionen einstellen. Das nennen Sie dann „Technik-Sofortprogramm“. Das ist ein Programmle; das sind normale Ersatzinvestitionen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ingo Rust: Sie wollen gar nichts machen!)

– Wir sind da dabei. Wir beschließen sie. Natürlich haben wir das gemacht.

Der zweite Punkt: Für die Motivation sind die berufliche Situation, die Besoldungssituation, eine gute Bezahlung und gute berufliche Perspektiven von zentraler Bedeutung.

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Die frühere Landesregierung hat im Jahr 2008 mit einem Einstellungskorridor dafür gesorgt, dass wir in ausreichender Zahl junge Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einstellen. Derzeit sind über 2 000 Nachwuchskräfte in Ausbildung. Das sind so viele wie seit Langem nicht: über 2 000 Nachwuchskräfte. Sie wollen draufsatteln? Okay. Persönlich habe ich nichts dagegen. Wir müssen einmal sehen, wie Sie das machen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Das ist zwingend notwendig!)

Das Zweite ist die Besoldungsstruktur. Bei uns sind 55 % aller Polizeibeamten im gehobenen Dienst, fast 90 % sind mittlerweile mindestens in Besoldungsgruppe A 9.

Sie wollen jetzt die zweigeteilte Laufbahn einführen. Das ist ein alter Wunsch Ihrer befreundeten Gewerkschaft. In Ordnung. Aber dann legen Sie uns bitte ein Konzept vor. Sagen Sie uns bitte, ob diese zweigeteilte Laufbahn auch bei Ihnen eine Mogelpackung ist, wie sie es in anderen Ländern ist, eine Mogelpackung, bei der, wie in anderen Ländern, der gehobene Dienst einfach bei Besoldungsgruppe A 8 anfängt, beim Obermeister,

(Abg. Walter Heiler SPD: Bei der SPD gibt es keine Mogelpackung, mein Lieber!)

ob es eine Mogelpackung ist, bei der Sie nicht durchschlüßeln, bei der Sie deswegen den Frust nur etwas verlagern und den Beamten keine Beförderungsperspektiven bieten. Das müssen Sie uns sagen. Wir wollen das wissen, wenn Sie Ihre Konzeption vorlegen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Dann müssen Sie auch sagen, wie Sie die Ausbildung bewältigen wollen. Wir wollen keine reine Akademikerpolizei mit einer zweigeteilten Laufbahn. Wir wollen eine Praktikerpolizei, bei der auch Hauptschüler mit einer Handwerksausbildung und Realschüler eine Chance haben, den Polizeiberuf zu ergreifen, eine Polizei, bei der ein praktisch orientierter Mensch, der sich bei einer Lkw-Kontrolle unter einen Anhänger legt, auch den Unterschied zwischen einem Reserverad und einer Anhängerkupplung kennt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber das Allerwichtigste bei der Motivation ist, dass die Beamtinnen und Beamten spüren, dass ihr Dienstherr, die Landesregierung, und zwar die ganze Landesregierung, vorbehaltlos hinter ihnen steht. Da, sage ich Ihnen, haben wir mittlerweile begründete Zweifel, was Ihren Koalitionspartner, die Grünen – nicht Sie von der SPD –, angeht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte zunächst dem Herrn Innenminister danken – Herr Justizminister, bitte richten Sie ihm von uns Genesungswünsche aus – und ausdrücklich anerkennen, dass er sich neulich in diesem Hohen Haus bei einer Debatte über die Krawalle bei einer S-21-Demonstration vorbehaltlos und klar hinter die Polizei gestellt hat. Ich will eindeutig sagen: Das erkennen wir an. Solch klare Worte hätten wir uns von Ihnen allerdings – von Herrn Gall, damals als Oppositionspolitiker, von anderen SPD-Politikern; Herr Justizminister, Sie waren damals auch dabei – schon im Untersuchungsausschuss „Polizeieinsatz Schlossgarten“ gewünscht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sie hielten den Untersuchungsausschuss zunächst für unnötig und haben ihn hinterher für Wahlkampfzwecke missbraucht.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi und Konrad Epple CDU)

(Thomas Blenke)

Meine Damen und Herren, der Herr Innenminister hat, als er diese Rede gehalten hat, zu uns geschaut. Das ist ein verständliches Verhaltensmuster. Von uns konnte er in diesem Teil der Rede Applaus erwarten. Adressat dieser Rede waren Sie, die Grünen. Das muss klar sein.

Ein Weiteres: In Berlin – das bezieht sich jetzt einmal nicht auf Baden-Württemberg – soll die Polizei künftig mit Namensschildern zu Großeinsätzen gehen. Ich finde, das ist ein Unding.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Wie soll ein Polizist motiviert sein, der im Einsatz bei einer Demonstration, im Einsatz gegen eine gewalttätige Masse mit einem Namensschild herumrennen und dann Angst haben muss,

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

dass seine Familie, dass er drangsaliert wird?

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Was hat das jetzt mit uns zu tun? – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Überlassen Sie das den Berlinern!)

Ich höre, in Stuttgart gibt es Fälle, bei denen die Familien von Polizeibeamten, deren Identität, deren Privatsphäre, deren persönliche Daten im Internet herumgehen, drangsaliert werden. Da möchte ich einfach sagen, Herr Justizminister: Bitte sorgen Sie dafür, dass in Berlin unsere Bereitschaftspolizei keine Einsätze leisten muss, bei denen sie Namensschilder tragen muss. Unsere Bereitschaftspolizei muss ja manchmal auch in Berlin aushelfen.

Ich weiß, der Herr Innenminister hat auch vor, eine – allerdings anonymisierte – Kennzeichnungspflicht einzuführen. Ich sage Ihnen: Seien Sie da bitte vorsichtig! Es muss absolut gewährleistet sein – der Polizist kann sich im Zweifel selbst schützen –, dass seine Familie geschützt ist, dass man nicht seine Privatadresse herausfinden kann und er nicht drangsaliert wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Thema „Respekt, Wertigkeit, Anerkennung des Polizeiberufs und der Polizeibeamten“ in der zweiten Runde noch mehr ausführen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Präsident Willi Stächele:** Für die Fraktion GRÜNE spricht jetzt Frau Abg. Häffner. Bitte schön.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ist sie auch polizeierfahren?)

**Abg. Petra Häffner** GRÜNE: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste im Landtag von Baden-Württemberg! Sie werden von mir jetzt einiges hören, was Sie schon von meinem Kollegen von der SPD gehört ha-

ben. Das ist gut so. Denn ich denke, man muss das zweimal hören.

Ich habe mir in den letzten Tagen überlegt, ob ich auf eine Frage, die vielleicht gestellt wird, eingehen soll. Diese Frage wurde hier in der letzten Woche einer Kollegin, die über Bildung gesprochen hat, gestellt. Die Frage an sie lautete, ob sie Kinder habe und überhaupt in der Lage sei, über Bildung zu reden.

Ich habe hier auf meiner rechten Seite in einem Zwischenruf gerade die Frage gehört, ob ich wohl Ahnung habe, ob ich schon einmal bei der Polizei gewesen sei. Ich kann Ihnen sagen: Ja, ich habe Ahnung. Ich war bei der Polizei – nicht beruflich. Aber ich habe viel Kontakt zu Polizisten. Ich war erst heute Morgen bei einer Dienststelle, die Erschreckendes zu schildern hat.

Baden-Württemberg rangiert mit an der Spitze der sichersten Bundesländer, und das ist gut so.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jedoch genügt es nicht, diese Leistung zu loben, ohne sie zu fördern. Geradezu kontraproduktiv ist es, die Belastungen für die Polizei weiter zu erhöhen, wie es die vorherige Landesregierung mit ihren massiven Personaleinsparungen getan hat.

Dazu ein Satz, den ich bei meinem Besuch heute Morgen gehört habe. Der Leiter der betreffenden Dienststelle sagte, er könne 15 % seiner Stellen nicht besetzen, und zwar nicht deshalb, weil er keine Lust dazu hätte, sondern deshalb, weil gar kein Polizeibeamter da sei, der die Stelle übernehmen könne. So sieht es zurzeit aus.

Beim Betreuungsverhältnis pro Einwohner liegt die baden-württembergische Polizei im Vergleich mit der Polizei in allen anderen Bundesländern inzwischen auf dem letzten Platz. Damit können wir uns nicht rühmen.

Das Arbeitsgebiet der Polizei ist vielschichtig und dadurch spannend. Es reicht vom normalen Streifendienst – dabei, meine Damen und Herren, kann man fragen, was ein normaler Streifendienst ist, was heutzutage dazugehört – über die Bekämpfung von Internetkriminalität und von Geldwäsche bis hin zur Überwachung rückfallgefährdeter Sexualstraftäter. So ist jede Polizistin und jeder Polizist während ihres bzw. seines Berufslebens unterschiedlichen Aufgabenfeldern, aber auch Belastungen ausgesetzt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Tragen Sie jetzt einen Schulaufsatz vor, oder was?)

– Das hätten manche vielleicht nötig.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Im Berufsalltag kommen die Beamten nicht selten an psychische und physische Grenzen. Belastende Erlebnisse aus dem Berufsalltag und besonders auch der Wechselschichtdienst können krank machen und greifen zudem massiv in das Privatleben und das soziale Umfeld ein.



(Petra Häffner)

Als zusätzlicher Stressfaktor kommt noch der Altersaufbau des Polizeikörpers hinzu. Der Altersdurchschnitt liegt inzwischen bei 44,1 Jahren.

Die Zahl der berufsbedingten Krankheitsbilder und der Umfang der Krankenstände nehmen zu. Der leitende Polizeiarzt, der vor vier Wochen einen Vortrag mit dem provozierenden Titel „Polizeidienst macht krank!“ gehalten hat, führt hierzu aus, dass sich in den vergangenen 20 Jahren die Zahl der notwendigen Heilkuren für Polizeibeamtinnen und -beamte mehr als verdoppelt hat. Die Heilfürsorgekosten für 25 860 heilfürsorgeberechtigte Personen im Land sind auf über 45 Millionen € gestiegen. Wer also wie die bisherige Landesregierung gern die Erfolge unserer Polizei darstellt, muss auch die Kehrseite benennen, unter der diese erzielt werden.

Bei 65 % der durchgeführten Heilkuren lag der Grund in psychischer Erschöpfung der Polizistinnen und Polizisten. Dazu kommen z. B. Magen-Darm-Störungen, Speiseröhrenreizungen

(Zuruf)

– ein bisschen Medizin muss sein –, Magenschleimhautrekrankungen, chronische Diarrhö, Darmerkrankungen, Krebsgeschwüre, chronische Schlafstörungen, depressive Erschöpfungssymptome und Depressionen, die bis hin zum Suizid führen können. Ich finde es nicht zum Lachen, dass unsere Beamtinnen und Beamten diese Symptome mit sich tragen und sich mit diesen Krankheitsbildern herumschlagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Statt die enorme Belastung zu reduzieren, hat die bisherige Landesregierung jedoch immer noch draufgesattelt. Die Lebensarbeitszeit der Polizeibeamtinnen und -beamten wurde verlängert, die Polizeistärke wurde massiv gekürzt, und soziale Leistungen im Bereich der Heilfürsorge wurden gestrichen. Von der mit der Dienstrechtsreform angekündigten Gesundheitsreform ist bei den Dienststellen bislang noch nichts angekommen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die freie Heilfürsorge wurde nicht gestrichen! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben dafür gesorgt, dass sie erhalten bleibt!)

Bislang ist es der hohen Motivation der Polizei zu verdanken, dass die Sicherheit hier im Land Tag und Nacht meist reibungslos gewährleistet ist. Dies geschieht, weil Polizistinnen und Polizisten zusätzliche freiwillige Nachtdienste leisten, weil zusätzliche Ermittlungsgruppen der Kripo eingerichtet werden und massiv Überstunden erbracht werden.

Doch auch die Ressource „Freiwilligkeit“ ist endlich. Darum setzt die grün-rote Landesregierung alles daran, die entstandenen Belastungen möglichst rasch abzubauen. So soll der Stellenabbau gestoppt werden. Der doppelte Abiturjahrgang 2012 wird genutzt; es werden 1 200 Polizeianwärter aufgenommen, auch um der anrollenden Pensionierungswelle angemessen zu begegnen.

Ich möchte kurz anfügen: Ich habe mich als Bürgerin immer wieder gefragt, warum es so schwer ist, eine Statistik zu lesen, warum die Politik das nicht hinkommt. Man weiß doch,

wann man wen in welchem Alter einstellt und wann der Mann/die Frau wieder sein/ihr Amt und seinen/ihren Beruf verlässt und dann in Pension geht. Es rollt doch gerade eine Pensionierungswelle an, gegen die nie etwas getan worden ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Deswegen haben wir den Einstellungskorridor geschaffen! Aus genau diesem Grund!)

Nur mit motivierten Polizistinnen und Polizisten können wir das Leitbild einer bürgernahen Polizei weiterentwickeln. Dazu benötigt der Polizeiapparat eine ausreichende personelle Ausstattung, eine moderne Informationstechnik sowie den Ausbau leistungsfähiger Strukturen.

Zur Ausstattung: Es ist vorhin belächelt worden, was gesagt worden ist. Aus der Dienststelle, bei der ich heute Morgen war, ganz frisch die Zahlen von einer Gruppe, die gemeinsam Dienst tut: Fünf Leute müssen sich einen PC teilen. Ich frage mich, wie die Beamten ihre Arbeit in der Zeit, in der sie da sind, machen sollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Mit der schrittweisen Einführung der zweigeteilten Laufbahn wird dann endlich die anspruchsvolle Polizeiarbeit angemessen vergütet.

Fazit: Die Motivation unserer Polizistinnen und Polizisten ist sehr hoch. Aber sie ist kein Perpetuum mobile. Sie muss genährt werden. Ansonsten droht sie bei zunehmender Belastung zu verkümmern.

Unser Ziel ist es, die große Motivation unserer Polizistinnen und Polizisten zu erhalten und bei Bürgerinnen und Bürgern Anerkennung, Verständnis und Begeisterung für diesen verantwortungsvollen Beruf zu wecken. Denn wir brauchen auch in Zukunft junge motivierte Menschen, die diesen Berufsweg einschlagen und unser gesellschaftliches Zusammenleben und den Rechtsstaat schützen. Es geht um Sicherheit und Freiheit. Ausgebrannte, frustrierte Polizistinnen und Polizisten sind kein Garant für Ordnung und Sicherheit und auch keine Werbung für diesen Beruf.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Willi Stächele:** Zur Fortsetzung der Aktuellen Debatte erteile ich nun dem Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, Herrn Abg. Dr. Goll, das Wort.

**Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich ist es jederzeit gut, eine Debatte über die Motivation und die Lage der Polizei zu führen. Auf der anderen Seite sieht man natürlich, dass es nicht zwingend einen Bezug zum 27. Juli 2011 gibt. Also habe ich mich gefragt: Was ist der Hintergrund für diese Debatte?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das haben auch wir uns gefragt!)

Ich muss Ihnen sagen: Mir ist spontan der Begriff „schlechtes Gewissen“ eingefallen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

(Dr. Ulrich Goll)

Die Zeit, als die Demonstranten die Polizei offen als eine Art Kampftruppe für das Unrecht dargestellt haben, liegt bekanntlich noch nicht lange zurück. Wer hat ihnen eigentlich geholfen? Ich erinnere an die Protokolle des Untersuchungsausschusses, an das, was da gesagt wurde, und vor allem, was nicht gesagt wurde. Klar ist, dass von grüner Seite keine Unterstützung für die Polizei kam, die ich hätte wahrnehmen können. Das war auch klar.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie wollten ja auf der Welle des Protests surfen. Aber man muss sagen: Auch von der SPD kam bitter wenig. Das wurde vorhin von Herrn Kollegen Blenke auch angesprochen.

Deshalb habe ich den Eindruck, dass Sie jetzt sozusagen ein paar Ausgleichsmaßnahmen planen. Das ist an sich nicht schlecht, aber man darf nicht vergessen, was erst vor kurzer Zeit noch geschehen ist.

Nun, da Sie vorhaben, etwas für die Polizei zu tun, erstaunt es nicht, dass Sie zunächst wieder einmal ein völlig schiefes Bild von der Lage im Land erzeugen. Das war zu erwarten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das tun sie noch immer!)

Immerhin haben alle darauf hingewiesen, dass wir im Land die geringste Anzahl von Delikten haben. Komisch eigentlich, merkwürdig. Bei uns gibt es die wenigsten Delikte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn man die SPD hört, entsteht ein anderer Eindruck!)

Wir haben angeblich alles falsch gemacht, und jetzt haben wir auf einmal, gleichauf mit Bayern, die wenigsten Delikte. Aber diese Argumentation kenne ich aus meinem früheren Amt. Da wurde ich immer wieder darauf hingewiesen, dass wir bundesweit die wenigsten Richter, die geringste Richterdichte haben. Auch das stimmt. Aber meist ist nicht dazugesagt worden, dass in Baden-Württemberg auch am wenigsten gestritten wird. Wir haben auch die wenigsten Fälle in Baden-Württemberg.

Wir haben interessanterweise tatsächlich die wenigsten Polizeibeamten und die wenigsten Delikte.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und sind das sicherste Land!)

– Und Baden-Württemberg ist das sicherste Land. Das liegt natürlich an einer hervorragenden Polizeiarbeit, aber man darf ruhig auch laut sagen: Das liegt beispielsweise auch an der Tatsache, dass wir eine Jugendarbeitslosenquote von nur 2 % haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das liegt natürlich auch daran, dass man es hier in Jahren geschafft hat, der Kriminalität systematisch die Grundlage zu entziehen, und zwar durch eine richtige Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich kann nur sagen: Wir hoffen, dass diese guten Werte in Zukunft erhalten bleiben. Denn Sicherheit ist gerade auch für Li-

berale ein zentraler Wert, weil es ohne Sicherheit keine Freiheit gibt, die etwas wert ist. Damit die Freiheit etwas wert ist, braucht man Sicherheit. Deswegen sollten wir diesen Zustand der Sicherheit in Baden-Württemberg pflegen und weiterentwickeln.

Jetzt wollen Sie etwas dafür tun. Das begrüßen wir außerordentlich. Aber bei dem, was im Moment geschieht, habe ich kein gutes Gefühl. Wenn man von links bis rechts schaut, was Sie in der neuen Regierung machen, dann hat man den Eindruck, dass Sie mit der Kreditkarte herumlaufen und zu jedem sagen: Ihr könnt euch jetzt etwas aussuchen; jeder darf sich jetzt einmal ein Geschenk aussuchen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist die neue Nachhaltigkeit!)

Sie haben wahrscheinlich zu wenig Erfahrung – das dürfen wir Ihnen zugestehen –, um zu wissen, wie schnell sich so etwas in kurzer Zeit addiert und wie schnell wir auf einem Weg sind, der zu einer Situation wie in Griechenland führt. Denn dort endet das Ganze.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Widerspruch bei der SPD – Lachen der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

– Ja! – Lesen Sie übrigens einmal Veröffentlichungen über die Hilfsprogramme für Griechenland. In den Artikeln darüber finden Sie in jeder dritten Zeile den Begriff „Privatisierung“. Haben Sie darüber einmal in der Zeitung gelesen? Ich will heute nicht über Privatisierung reden, aber dafür umso deutlicher sagen:

(Unruhe bei der SPD – Zurufe: Thema verfehlt! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ist das Ihre Wertschätzung für die Polizei?)

Wenn Sie so weitermachen, führen Sie uns auf den Weg nach Griechenland.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Karl Rombach CDU: Richtig! – Weitere Zurufe von der CDU, den Grünen und der SPD – Unruhe)

Es ist richtig und wichtig, etwas für die Polizei zu tun. Deswegen haben wir in den letzten 15 Jahren gerade die Aufgaben von Polizei und Strafvollzug – die klassischen Staatsaufgaben – gehegt und gepflegt. Das kann niemand in Zweifel ziehen. Es ist richtig und wichtig, für die Polizei etwas zu tun. Aber, meine Damen und Herren, man muss glaubwürdig bleiben, glaubwürdig bei zwei Punkten:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und moralisch dahinterstehen!)

Erstens muss man wirklich den Eindruck erwecken, dass man hinter der Sache steht und nicht doch ganz woanders.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Zweitens sollte man nicht den Eindruck erwecken, als ginge alles, als hätte man für alles beliebig viel Geld zur Verfügung.

(Dr. Ulrich Goll)

Es wird Ihnen insbesondere niemand unter den Polizeibeamten glauben, dass man beliebig Geld zur Verfügung hätte. Vielmehr verstehen die am ehesten, dass man die Aufgaben eines Staates mit begrenzten Mitteln abdecken muss. Das bekommen im Moment der Ministerpräsident und sein Stellvertreter deutlich zu spüren – wobei mir unklar war, wie man aus einer Klausurtagung kommen und sagen kann, man habe den Haushalt saniert, man habe gespart, wenn wir jeden Tag nur Mehrausgaben registrieren.

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch für die Polizei nicht nur Geschenke auf Kredit zur Gewissensberuhigung, sondern wir brauchen eine seriöse, glaubwürdige Politik für die Polizei.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Willi Stächele:** In der weiteren Debatte spricht nun für die Regierung der Justizminister, Herr Kollege Stickelberger.

**Justizminister Rainer Stickelberger:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, heute mir anstelle des Herrn Innenministers zuzuhören, der leider erkrankt ist. Ich werde ihn in dieser Debatte vertreten und wünsche ihm an dieser Stelle baldige Genesung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es ist mir aber ein besonderes Anliegen, zu Beginn dieser Debatte angesichts der Ereignisse in Norwegen den Opfern und Hinterbliebenen sowie allen Norwegern die Anteilnahme und das Beileid der Landesregierung auszusprechen. Ich bitte Sie, einen Moment innezuhalten. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, die Ereignisse in Norwegen haben uns einmal wieder schmerzlich vor Augen geführt, wie existenziell wichtig die öffentliche Sicherheit für das Gemeinwesen ist. Wir brauchen eine starke Polizei, und die Polizei braucht verlässliche Unterstützung durch Politik und Gesellschaft.

Menschen sind von Natur aus motiviert – diesen Führungsgrundsatz lernen Polizistinnen und Polizisten in Baden-Württemberg in der Ausbildung kennen. Ein zweiter Grundsatz in diesem Zusammenhang lautet: Belastungen demotivieren. Diese Grundsätze sollten sich die Mitglieder der früheren Landesregierung, sollten sich die vormaligen Regierungs- und jetzigen Oppositionsfraktionen vor Augen führen. Sie haben, anstatt diese Grundsätze zu beachten, Ihre Politik geprägt durch Stellenabbau und eine unzureichende Investitions- und Strukturpolitik. Sie haben am falschen Ort gespart und dadurch die Belastungen für die Polizistinnen und Polizisten in diesem Land erheblich gesteigert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Was dabei besonders ins Gewicht fällt: Dabei ist viel Vertrauen in die Politik verloren gegangen.

(Zuruf von der CDU: Das sollten Sie jetzt darlegen!)

Herr Blenke und sehr geehrter Herr Dr. Goll, es nützt nichts, wenn Sie nun hier die Vergangenheit verklären.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie verfälschen sie!)

Ich kann das angesichts Ihrer neuen Rolle als Opposition verstehen. Sie verklären die Vergangenheit und zeichnen ein Bild der Polizei, das mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Frau Kollegin Häffner und Herr Kollege Sakellariou sind jetzt ganz neu in ihren Ämtern als verantwortliche Sprecher für ihre Fraktionen in diesem Bereich.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und reden schon wie Fachleute!)

Aber sie haben die reale Situation zutreffend beschrieben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich gehe davon aus, dass Sie, Herr Blenke, sich immer wieder einmal die Mühe gemacht haben, sich vor Ort in den Revieren und bei den Direktionen umzuhören und kundig zu machen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Selbst in Ihrem Wahlkreis!)

Wenn Sie dort zugehört hätten, hätten Sie ein anderes Bild gewonnen und wären zu anderen Schlussfolgerungen gekommen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Und hätten eine andere Politik gemacht!)

Herr Kollege Dr. Goll, ich schätze Sie sehr, aber Ihre Begründung, die Sie eben unter Hinweis auf Griechenland gegeben haben, halte ich für ganz und gar verfehlt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Damit erweisen Sie den Polizistinnen und Polizisten in unserem Land einen Bärendienst.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein! Sie reden sie schlecht, Herr Kollege! – Gegenruf von der SPD: Was? Sie reden die Situation schön! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe)

Lieber Herr Kollege Zimmermann, auch Sie schätze ich persönlich sehr; das wissen Sie.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich Sie auch!)

Aber ich bitte Sie doch, sich nach zehn Jahren einmal neue Zwischenrufe zu überlegen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wieso? Bei der neuen Regierung sind sie wieder neu! – Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Legen Sie sich lieber nicht mit Herrn Zimmermann an!)

Leider ist die Situation in unserem Land für die Polizei nicht zum Lachen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kein Wunder, bei der Regierung!)

Sie tragen einen erheblichen Anteil daran. Wir haben nach der Regierungsübernahme nämlich eine sehr betrübliche Situation vorgefunden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist unglaublich!)

(Minister Rainer Stichelberger)

Ich möchte zunächst einmal auf die von Ihnen angesprochene Beförderungswelle zu sprechen kommen. Wir haben diese Beförderungen seinerzeit mitgetragen. Das waren notwendige Maßnahmen. Aber Beförderungen allein motivieren und helfen nicht; man braucht auch vernünftige und nachhaltige strukturelle Maßnahmen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Man braucht den Rückhalt! Den Respekt!)

Damit komme ich zu einer weiteren Welle,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der Mikrowelle!)

nämlich der Pensionierungswelle. Diese war seit dem Einstellungshoch der Siebzigerjahre absehbar. Es ist nichts Neues, was da auf uns zukommt. Sie haben zutreffend gesagt, Frau Kollegin, dass das bekannt war. Die Zahlen und die Entwicklungen sind bekannt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wir haben vorgesorgt, Herr Minister!)

Aber das von Ihnen angesprochene Programm, der Einstellungskorridor von jährlich 800 Beamtinnen und Beamten, wird natürlich nicht annähernd ausreichen, um das durch die Pensionierungen entstehende Personaldefizit zu kompensieren. Mit dieser Reduzierung geht zudem auch ein Verlust an Erfahrung und Wissen einher.

Nirgendwo in Deutschland – auch das ist angeklungen – ist im Vergleich der Bundesländer die zahlenmäßige Relation zwischen Bürgern und Polizei, die sogenannte Polizeidichte, so schlecht wie in Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nirgends ist es so sicher! Es zählt nicht die Masse, sondern die Klasse!)

Was Ihren Hinweis, Herr Dr. Goll, auf die Polizeistatistik betrifft, so kann ich nur sagen: Verbrechen und Vergehen können nur mit Polizistinnen und Polizisten aufgeklärt werden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben die höchste Aufklärungsrate in ganz Deutschland!)

Wenn ich diese nicht habe, dann findet auch weniger Aufklärung statt. So einfach ist das.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es gibt bei uns auch weniger Fälle!)

Wenn Sie das Thema Bürgernähe ansprechen, möchte ich darauf hinweisen, dass das eine Wunschvorstellung ist,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So viele Wünsche kann die Polizei gar nicht erfüllen!)

die sich in Verklärung der Vergangenheit der aktuellen Situation widmet. Tatsächlich geht die Präsenz in der Fläche zurück. Dabei spreche ich nicht etwa nur von der gefühlten Präsenz. Hören Sie sich einmal in den Revieren und bei den Polizeiposten vor Ort um. Die Präsenz in der Fläche geht zurück, zum Nachteil für unsere Bürgerinnen und Bürger, für ihre Sicherheit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dieses Defizit, das ich gerade angesprochen habe, gilt natürlich auch für die finanzielle Ausstattung. Seit 2005 wurde in vielen Bereichen nicht mehr nennenswert investiert. Zudem haben wir – auch das ist von den Vertreterinnen und Vertretern der Regierungsfractionen zutreffend gesagt worden – einen riesigen Investitionsstau

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wie bitte?)

und werden noch lange Zeit brauchen, um diesen Investitionsstau abzubauen. Dieser Investitionsstau bezieht sich insbesondere auf moderne Analysegeräte, auf Schutzausrüstungen, Spezialfahrzeuge, EDV-Technik und vieles mehr.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Können Sie bitte etwas konkreter werden, Herr Minister? Wo fehlt Ausrüstung? – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Keine Aufregung, Herr Blenke! Ganz ruhig!)

Frau Häffner, Sie haben aktuelle Beispiele aus der Praxis genannt und ein zutreffendes Bild der Situation gezeichnet.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sagen Sie es konkret! Es ist unglaublich, was Sie gerade sagen!)

All diese Defizite, die ich gerade aufgezählt habe, kommen zu den Belastungen natürlich noch hinzu, die der Polizeiberuf ohnehin mit sich bringt. Es nützt dabei nichts, nur Lippenbekenntnisse für die Polizei abzugeben

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eben! Deshalb nützt diese Debatte auch nichts! – Abg. Thomas Blenke CDU: Die SPD hat doch diese Debatte beantragt!)

und vollmundige Sonntagsreden zu halten. Zur Ehrlichkeit gehört vielmehr, die Probleme und Belastungen der Polizei offen anzusprechen und sie nicht zu ignorieren.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Sie verstecken sich hinter einem Gemälde aus schönen Worten. Herr Blenke, Sie sollten sich lieber der Realität stellen. Dann bekämen Sie ein zutreffendes Bild der Situation. Wir nennen die Probleme beim Namen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Leitlinie dieser Regierung ist, mit motivierten Polizistinnen und Polizisten für ein sicheres Leben in Baden-Württemberg zu sorgen. Dabei geht es uns darum, Belastungen der Polizei ernst zu nehmen, unserer Fürsorgepflicht gerecht zu werden und verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen. Dafür steht diese Regierung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Die ganze Regierung? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie war das mit den schönen Worten? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Dafür steht die ganze Regierung. Mein Kollege, der Herr Innenminister, ist sich da mit dem Herrn Ministerpräsidenten einig: Wir stehen hinter unserer Polizei. Daran gibt es keinerlei Abstriche zu machen. Das gilt für beide Regierungsfractionen. Ihr Hinweis auf den Untersuchungsausschuss geht völlig ins Leere; denn dort wollten Sie vom Versagen der damaligen Landesregierung ablenken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Minister Rainer Stöckelberger)

Dort wollten Sie vom Versagen der Landesregierung ablenken, und die Polizei, die Polizistinnen und Polizisten vor Ort, die ihren Dienst leisten, sollten das ausbaden. Das war Ihre Strategie. Unsere Strategie war, die Landesregierung entsprechend anzugreifen. Das ist uns wohlweislich auch gelungen. Wir stehen aber hinter der Polizei. Das sollten Sie, Herr Blenke, allmählich auch erkannt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir werden unser Ziel erreichen, indem wir die Polizei nicht weiter erodieren lassen. Wir werden sie personell stärken und werden sie sowohl strukturell als auch technisch zukunftsfähig machen. Herr Kollege Dr. Goll, es geht nicht darum, sozusagen mit dem Füllhorn durch die Lande zu ziehen,

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

sondern es geht darum,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schulden zu machen!)

die Zukunftsfähigkeit der Polizei zielgerecht und mit angepassten Maßnahmen zu erhalten. Darum geht es.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oje!)

Da sehe ich Sie allerdings nicht auf unserer Linie. Das muss ich nach dem, was Sie hier ausgeführt haben, schon sagen. Der Weg in die Privatisierung ist für die Polizei sicher kein Erfolgsmodell. Er war es nicht einmal für Ihre Partei.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Konkret haben wir Folgendes vor: Wir haben gestern im Kabinett beschlossen, in einem ersten Schritt – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dem Alkoholverkaufsverbot zuzustimmen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Einstimmig oder mehrheitlich? – Gegenruf von der SPD: Gelassenheit, Herr Kollege!)

– Herr Blenke, bleiben Sie ruhig.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Er hat eben gar nichts gesagt! – Abg. Thomas Blenke CDU: Ich habe doch gar nichts gesagt! Sie meinen Rülke, nicht Blenke!)

Ihre Panikattacken geben mir schon zu denken; ich mache mir Sorgen.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben beschlossen, im kommenden Jahr 1 200 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter einzustellen. Dabei wird es sich – ich sage das ausdrücklich zur Klarstellung – nicht um neue Stellen auf Dauer handeln. Wir werden den Stellenabbau reduzieren, und wir werden ferner eine Untersuchung zur Modernisierung der polizeilichen Strukturen einleiten. Ich kann Ihnen versichern: Seitens der Polizei selbst besteht viel Engagement und viel Bereitschaft, eine solche Strukturreform mit anzugehen.

Weiter ist es notwendig, die enormen Investitionsdefizite bei der Polizeitechnik zu minimieren und im Laufe der nächsten fünf Jahre den Investitionsstau abzubauen.

Wir werden zudem, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, adäquate, moderne Rahmenbedingungen für die Besonderheiten des Polizeidienstes schaffen. Dazu zählen u. a. die Gesundheitsprävention, aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine moderne Aus- und Fortbildung.

Ich sage das alles natürlich nicht ins Blaue hinein oder blauäugig. Wir sind uns der Haushaltslage und der Notwendigkeit zur Konsolidierung bewusst und sind uns deshalb im Klaren darüber, dass wir im Gegenzug auch Maßnahmen vorschlagen müssen, die einen Beitrag zur Gegenfinanzierung in substantieller Höhe vorsehen. Das ist ganz klar.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Zum Beispiel?)

– Wir werden das aus dem Ressort heraus leisten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Aus dem Ressort? Da sind wir gespannt!)

Politik muss Prioritäten setzen. Natürlich müssen wir auch Kompromisse machen. Eines muss aber für uns alle, für die Landespolitik klar sein: Die Sicherheit der Menschen in unserem Land hat oberste Priorität. Dafür setzt sich die Landesregierung ein; dafür setzen sich die Regierungsfractionen ein. Ich appelliere an Sie alle, uns dabei tatkräftig zu unterstützen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Willi Stächele:** In der weiteren Debatte erhält im Rahmen der noch verfügbaren Redezeit zunächst der Vertreter der CDU-Fraktion, Herr Kollege Blenke, das Wort.

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als erste Maßnahme im Bereich der Beförderungen beschließen Sie heute die Schaffung von 75 Beförderungsmöglichkeiten für die geschlossenen Einheiten im Bereich der Bereitschaftspolizei. Das ist sehr gut. Das machen wir mit. Das ist auch sehr wichtig. Interessant ist, dass Sie es dadurch gegenfinanzieren, dass Sie bei der Landespolizei 75 Beförderungsmöglichkeiten im ersten Beförderungsamts für junge Beamte streichen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Das ist das Erste.

Das Zweite ist die Mär von der Technikwüste bei der Polizei. Der Herr Innenminister hat kurz nach seinem Amtsantritt als Beleg für die schlechte Fahrzeugausstattung die Fahrzeuge der Bereitschaftspolizei angeführt. Er wusste damals offensichtlich noch nicht, dass diese vom Bund gekauft werden und nicht von uns. Mittlerweile weiß er es wahrscheinlich.

Wir werden Ihnen, Herr Justizminister, und dem Innenminister in nächster Zeit Gelegenheit geben, uns einmal ganz detailliert darzulegen, wo diese angeblichen Technikdefizite sind. Das wollen wir von Ihnen ganz detailliert hören. Sie haben es jetzt relativ vollmundig behauptet. Sie werden Gelegenheit bekommen, das auszuführen.

Noch einmal zu dem Thema „Respekt und Anerkennung für Polizeibeamte“, meine Damen und Herren. Das betrifft vor

(Thomas Blenke)

allem die ganz jungen Beamten in der Bereitschaftspolizei. Das sind „Bürger in Uniform“. Eine junge Polizeibeamtin bei der Bereitschaftspolizei sagte bei ihrer Vereidigung zu der Frage, aus welcher Motivation sie diesen Beruf ergriffen habe: „Wir wollen den Menschen helfen.“ Diese hoch motivierten jungen Beamtinnen und Beamten, die neugierig auf ihren spannenden Beruf sind, werden dann im Schlossgarten mit folgender Situation konfrontiert – Zitat –:

*Unsere Leute werden angepöbelt, beleidigt und provoziert. Der Respekt vor der Polizei geht immer öfter verloren. Diese Entwicklung macht mir große Sorge.*

Das sagte Joachim Lautensack, der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Landesverband Baden-Württemberg.

Nach Aussage der Deutschen Polizeigewerkschaft hat sich ein Personenschützer wie folgt beklagt – Zitat –:

*Was wir erlebt haben,*

– im letzten Dreivierteljahr –

*ist ... unbeschreiblich.*

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wessen Freunde sind das?)

*Das hält man nicht auf Dauer aus.*

Der blanke Hass sei ihm entgegengeschlagen.

Dann redet z. B. Herr Sckerl von der zivilen Bürgergesellschaft. Der Verkehrsminister besucht die Parkschützer, aber nicht den verletzten Polizeibeamten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Unglaublich!)

Von Ihnen, Herr Ministerpräsident, würden wir uns auch eine klarere Distanzierung von Gewalttaten durch Demonstranten im Schlossgarten wünschen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andreas Deuschle CDU: Das sind die Stammwähler! – Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Heilen Heberer SPD: Mehrfach geschehen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie soll diese junge Einsatzbeamtin da noch motiviert sein? Im Einsatz wird sie als „Kinderschlägerin“ beschimpft, und ihr Dienstherr sagt, das sei halt die Bürgergesellschaft.

(Zuruf von den Grünen)

Vielleicht liest sie dann zufällig in der „taz“ ein Interview der Fraktionsvorsitzenden der Grünen – sie ist gerade nicht da –

(Zurufe von den Grünen: Doch!)

– sie ist da, okay; hallo, Frau Sitzmann –

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sie ist überall!)

– sie ist überall – vom 22. Juli – Zitat –:

*Recht und Gesetz gelten für alle.*

Schön!

*Uns ist wichtig, dass die Polizei auf eine deeskalierende Art vorgeht. Vor allem müssen die Rechte der Demonstranten gewahrt bleiben.*

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So!)

Vor allem müssen sich die Demonstranten an Recht und Gesetz halten, Frau Sitzmann, und die Menschenwürde der Polizistinnen und Polizisten achten. Darum geht es.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Herr Justizminister, wir könnten fast geneigt sein, Sie und Ihren Kollegen Innenminister ob Ihres Mutes zu bewundern. Die Position, in dieser Landesregierung für innere Sicherheit zuständig zu sein, scheint mir in besonderem Maß gefahrengeneigt zu sein.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Heilen Heberer SPD: Fahren Sie nicht nach Griechenland!)

Wir nehmen Ihnen beiden ab, dass Sie in Person hinter der Polizei stehen.

(Zuruf von der SPD: Aber?)

Wir werden aber genau beobachten, ob dies auch so bleibt, ob Sie standhaft bleiben und wo Sie stehen, wenn es in der Koalition, die Sie sich ausgesucht haben, zum Schwur kommen wird; ich denke, das wird noch geschehen.

Das Schlimmste, was einer Polizei passieren kann, ist, dass sie sich des politischen Rückhalts nicht mehr sicher sein kann, dass die Polizeiführer nicht mehr wissen, wie sie den Einsatz führen sollen, wie sie den Einsatz führen dürfen,

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

und dass die Beamten im Einsatz verunsichert sind, weil sie nicht mehr wissen, ob ihr Dienstherr hinter ihnen steht.

(Zurufe – Lebhaftige Unruhe)

Das ist das Schlimmste, was einer Polizei passieren kann. Wir werden Sie daran messen, ob Sie das in der gesamten Landesregierung auch in aller Konsequenz durchsetzen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Willi Stächele:** Eine weitere Wortmeldung der Frau Kollegin Häffner von der Fraktion GRÜNE. Bitte schön.

**Abg. Petra Häffner GRÜNE:** Was ich nicht verstehe, ist, dass Sie diese Diskussion über die Polizei die ganze Zeit auf Groß-einsätze beschränken. Der Großeinsatz bei Demonstrationen ist nicht das primäre Problem von Polizei und Volk,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Zeitung schreibt etwas anderes! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

sondern er ist ein Problem von Volk und Politik. Man wird der Polizei nicht gerecht, wenn man die Debatte hierauf beschränkt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Petra Häffner)

Damit wir eine bürgernahe Polizei haben, ist es auch wichtig, dass die Polizisten gesehen werden, dass sie für die Bevölkerung präsent sind, damit die Bürger sehen, dass es noch Polizisten für sie gibt und dass diese nicht nur in Einsätzen tätig sind.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es geht um die Polizisten, die in Stuttgart Dienst schieben müssen!)

– Wenn Sie das jetzt meinen, dann lassen Sie es halt einfach so stehen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Danke!)

Die Polizei arbeitet an ihren Leistungsgrenzen – auch aufgrund neuer Gesetze, deren Einhaltung sie dann kontrollieren soll,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Geeignete Gesetze machen Sie ja nicht! Die Polizisten brauchen Rechtsgrundlagen! Automatische Kennzeichenlesesysteme, Vorratsdatenspeicherung! Da sind Sie doch dagegen! – Weitere Zurufe – Unruhe)

und durch neue Kriminalität wie z. B. Internetkriminalität. Ich muss Ihnen eines sagen: In vielen Jahren des Kontakts mit Polizisten habe ich noch nie erlebt, dass einer sich so richtig darüber beklagt hat, dass jeder einzelne Beamte und jede einzelne Beamtin unwahrscheinlich viel erträgt und für sich behält. Das halte ich für eine wahnsinnige Belastung. Jeder Einzelne von ihnen trägt seine Belastungen, die er in seinem Berufsalltag erlebt – und ich kann Ihnen sagen, er erlebt da verdammt viel; das können sich wahrscheinlich Einzelne hier im Saal gar nicht vorstellen –, mit sich herum; er trägt sie in seine Familie mit hinein, und er muss verarbeiten, was er erlebt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum Stichwort Griechenland: Ich finde diesen Hinweis schwach. Warum machen Sie immer nur Angst?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir machen keine Geschenke. Es ist einfach notwendig, die Gebäude nach 25 Jahren auch einmal zu renovieren. Es sind keine Geschenke, wenn in der Ausstattung etwas verändert wird, und es sind keine Geschenke, wenn Personal aufgestockt wird. „Aufstocken“ ist das falsche Wort; wir stocken ja nicht auf, sondern wir füllen einfach nur ein Loch.

Konflikte zu haben ist keine Schande. Ich finde es nur unverständlich, diese Konflikte bestehen zu lassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Willi Stächele:** Meine Damen und Herren, es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass ich den Punkt 1 der Tagesordnung schließen kann.

Wir kommen zu **Punkt 2** der Tagesordnung:

**Aktuelle Debatte – Der Automobilstandort Baden-Württemberg unter Grün-Rot – Abstieg gewünscht? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Sie kennen die Bedingungen: Wiederum gilt eine Redezeit von fünf Minuten je Redner und dann eine weitere Redezeit

von fünf Minuten in der zweiten Runde, aber die zehn Minuten können auch zusammengenommen werden. Im Übrigen bitte ich, die freie Rede wie bisher fortzusetzen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Wie bisher“! – Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Karl Zimmermann CDU)

Ich darf fragen, wer für die FDP/DVP-Fraktion spricht. – Bitte sehr.

**Abg. Leopold Grimm FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn sich die Bürger des Landes nachdenklich fragen, wohin die Fahrt mit dieser neuen Regierung geht, dann haben sie allen Grund dazu. Sie, Herr Ministerpräsident Kretschmann, waren dabei, als Daimler neulich eine Allwetter-Windanlage eingeweiht hat. Mit dieser können hier in Baden-Württemberg Tests stattfinden, die bislang in extremsten Klimazonen durchgeführt werden mussten. Ihr Kommentar in der „Welt“ war – ich zitiere –

*So stelle ich mir die ökologische Modernisierung Baden-Württembergs vor: ... Wenn Daimler bessere Autos baut, habe ich nichts dagegen, wenn sie mehr verkaufen.*

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Toll!)

Noch im April hatten Sie sich jedoch gewünscht, dass weniger Autos verkauft werden – und das im Automobilland Nummer 1, in Baden-Württemberg.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das stimmt so nicht!)

Es ist kein Wunder, dass Sie damit die Bürger und die Wirtschaft dieses Landes aufgeschreckt und verunsichert haben.

Was nun, Herr Ministerpräsident? Es sollen weniger Autos verkauft werden, es sei denn, es sind bessere? Wenn ich Sie richtig verstehe, setzen Sie auf noch bessere Autos, während die besten Autos bereits aus Baden-Württemberg kommen. Das sind Autos der Premiumklasse. Die Welt fährt diese Autos „made in Baden-Württemberg“, sehr geehrter Herr Ministerpräsident. Warum aber sollen ausgerechnet die Mitglieder Ihres Kabinetts nicht die besten Autos aus Baden-Württemberg fahren? Warum sollen die Autos, für die Sie selbst bei Daimler erworben haben, den Mitgliedern Ihres Kabinetts vorenthalten werden?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Abhängig davon, wo er ist!)

Warum sollen Ihre Minister Mittelklassewagen fahren und nicht die ökologisch modernsten Autos? Kann es sein, dass Grün und Rot zwar die Regierung übernommen haben, aber noch nicht die dazugehörige Verantwortung?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Befinden Sie von Grün-Rot sich noch immer in der Opposition, nun aber in einer Opposition gegen Baden-Württemberg?

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Nein! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Ich stelle fest: Es ist Ihnen auch ohne Windkanal gelungen, bereits in den ersten Wochen Ihrer Regierungszeit viel Wind zu machen. Wohin dieser weht, das würden die Menschen in

(Leopold Grimm)

diesem Land gern wissen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Künstliche Debatte!)

In Ihrer Regierungserklärung haben Sie, Herr Ministerpräsident, gesagt – ich zitiere –:

*Ich bin aber nicht der Ansicht, dass der Staat in erster Linie bestimmte Technologien fördern sollte, sondern ich meine, dass er klare Rahmenbedingungen dort setzen sollte, wo das Gemeinwohl im Sinne von Umwelt, Gesundheit und Nachhaltigkeit tangiert ist.*

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wo er recht hat, hat er recht!)

Deshalb frage ich Sie – ich bin mir sicher, diejenigen, deren Wohl Sie offenbar im Sinn haben, interessiert dies auch –: In welchen Rahmen wollen Sie dieses Land setzen? Wird dieser eng, klein, bieder statt barock? Wollen Sie Baden-Württemberg von der Oberklasse in die Mittelklasse versetzen,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: In die Spitzenklasse!)

so, wie es bei Ihrem Kabinett und den Dienstwagen geschieht?

Jeder Zehnte der über fünf Millionen Beschäftigten in diesem Land ist direkt oder indirekt in der Automobilindustrie tätig. Diese ist Spitze in Deutschland. Für Baden-Württemberg ist das schon fast normal – noch.

„Auto in Deutschland“ bedeutet – Sie konnten es bei Daimler erleben – Bewegung und nicht Stillstand. „Auto“ heißt auch Forschung und Innovation. 40 % der Forschung und Entwicklung in der deutschen Wirtschaft steuert die Automobilbranche bei, sehr geehrter Herr Ministerpräsident. Diese ist so gut, dass sie so viel exportiert wie kein anderes Autoland in dieser Welt.

Auch Herr Kollege Claus Schmiedel, der SPD-Fraktionsvorsitzende, hat zu Ihren Abstiegsplänen in die Mittelklasse gemeint, dies sei wohl nicht das Gelbe vom Ei.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So harmlos war die Kritik!)

Wie Sie sich das Auto der Zukunft vorstellen, den Wagen „Marke Kretschmann“, haben Sie in Ihrer Regierungserklärung bereits ausgeführt. Dieser soll vor allem mit Strom fahren.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Wie soll das gehen, Herr Ministerpräsident? Kraftwerke werden abgeschaltet, aber es soll mehr Strom verbraucht werden? Schon jetzt haben wir in Deutschland mit die höchsten Strompreise. Diese werden weiter steigen. Glauben Sie, die Menschen im Land werden es Ihnen danken?

(Zuruf: Ja!)

Wenn Sie von Rahmenbedingungen sprechen und dem Auto weiterhin eine Chance geben wollen, dann frage ich Sie: Auf welchen Straßen sollen sich diese Autos bewegen?

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Was haben Sie vor zu tun, damit das Fahrzeug – selbst die Premiumklasse – nicht zum „Stehzeug“ wird? Ihr Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid hat vor genau einer Woche hier gesagt:

*Eines ist klar: Als Finanz- und Wirtschaftsminister kann ich nur das über den Landeshaushalt weiterverteilen, was wir zuvor in der Wirtschaft erwirtschaftet haben.*

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Der war gut!)

Sind Sie mit mir der Meinung, dass das zutrifft? Wirtschaft ist nicht alles in Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident. Aber ohne Wirtschaft ist das Land nichts.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Willi Stächele:** Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Kollege Dr. Löffler.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Bibel hat unsere Welt nichts so sehr verändert wie das Patent mit der Nummer 37435 des Kaiserlichen Patentamts, das vor 125 Jahren, am 29. Januar 1886, an Carl Benz erteilt wurde. Zur gleichen Zeit tüftelten in unmittelbarer Nähe, in Cannstatt, Gottlieb Daimler und Wilhelm Maybach an schnelllaufenden Benzinmotoren.

Heute haben wir die höchste Industriedichte aller Bundesländer. Ohne diese Pioniere wäre der Wohlstand in unserem rohstoffarmen Land gar nicht denkbar. Bei uns produzieren Weltkonzerne wie Daimler, Porsche und Audi, die weltgrößten Automobilzulieferer Bosch, Mahle und Behr sowie zahlreiche mittelständische Zulieferbetriebe. Mittlerweile hängt jeder sechste Arbeitsplatz am Automobilbau. Auch aus diesem Grund sind wir das Land mit der höchsten Innovationskraft, den meisten Patenten und den niedrigsten Arbeitslosenzahlen – auch wenn der Verkehrsminister meint, die Automobilindustrie habe an Bedeutung verloren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der vielleicht!)

Ich kann es ihm nicht übel nehmen. Er hat noch nie in seinem Leben eine Stechuhr gedrückt.

Gerade verkündete der Zulieferer ZF Friedrichshafen, er wolle 2 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Prompt kam die Antwort aus Stuttgart: „Weniger Autos sind besser als mehr.“

Weil es zum „Green New Deal“ passt, legt der Ministerpräsident noch eine Schippe drauf: Die Landesregierung fordert ein bundesweites – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was für ein Deal? – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was heißt das auf Deutsch? – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

– Sie haben den Begriff doch verwendet, nicht ich. Diese Worte wurden doch von Ihrem Ministerpräsidenten verwendet.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)



(Dr. Reinhard Löffler)

Die Landesregierung fordert ein bundesweites Tempolimit. Sie will sich in Berlin für einen schärferen Ordnungsrahmen einsetzen, etwa einen noch strengeren Grenzwert beim Schadstoffausstoß. Eine solche Innovationspeitsche braucht die Automobilindustrie, sagt der Ministerpräsident, damit sie in die grünen Puschen kommt. Die Automobilhersteller sollen sich künftig als Mobilitätskonzerne verstehen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gute Idee!)

Aber es gibt noch ein Zuckerbrot – so will es das grüne Wahlprogramm –: Einmal in der Woche wird in der Werkskantine ein vegetarisches Essen serviert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der Grünen: Bravo!)

Vielleicht war es der Speiseplan; ich weiß es nicht. Jedenfalls haben Unternehmen, Mitarbeiter und Betriebsräte ziemlich sauer reagiert. Weniger Autos bedeuten weniger Jobs, weniger Wachstum und weniger Steuereinnahmen. Der Ministerpräsident musste Kreide fressen. Kritik kam aus der eigenen Koalition, vom Finanzminister persönlich: Es geht nicht – so der Finanzminister –, auf dem Rücken der Unternehmen und der Beschäftigten ideologische Scheingefechte auszutragen. Recht hat er.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Es folgten Canossagänge zu Porsche und Bosch.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Bei all dieser babylonischen Wirtschaftsrhetorik ist der Ministerpräsident „falsch verstanden worden“.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Löfflers Märchenstunde!)

Es ist, wie Winston Churchill sagte, ein großer Vorteil im Leben, die Fehler, aus denen man lernen kann, möglichst frühzeitig zu machen. Herr Ministerpräsident, das ist Ihnen gelungen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Willi Stächele:** Gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage?

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Ich gestatte jedem eine Zwischenfrage. Gern.

**Präsident Willi Stächele:** Nicht jedem, sondern zunächst einmal eine einzige.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Gern.

**Abg. Beate Böhlen** GRÜNE: Das ist sehr nett. Vielen Dank. – Ich habe eine Frage: In unserem christlichen Kulturkreis gibt es einen Tag, an dem kein Fleisch gegessen werden soll. Wissen Sie, welcher es ist?

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Der Freitag.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Danke schön! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es freut mich, dass christliches Gedankengut auch bei den Vertretern der Grünen wahrhaftig geworden ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Von euch kommt das ja nicht mehr! Dann muss es von uns kommen!)

Ich finde es löblich, dass Sie uns hier zur Seite stehen.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Meine Damen und Herren, es ist uns allen klar: Wir erleben einen Strukturwandel in der Automobilindustrie. Weltweit wird an neuen Antriebsaggregaten geforscht. Aber wer voreilig den wirtschaftlichen Niedergang unseres Automobilstandorts vorhersagt, verkennet, dass die herkömmliche Verbrennungstechnologie mit ihren Hybridvarianten noch auf Jahre hinaus großes Innovationspotenzial bietet. Unsere Autos sind im Verbrauch sparsamer, sie sind sicherer und schadstoffärmer als alle Autos, die aus Korea, Detroit oder Japan kommen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Unsere Autos erfüllen die strengsten Sicherheits- und Abgasbestimmungen der Welt.

Die Nachfrage nach Mobilität wird in den nächsten Jahren weltweit steigen, ganz speziell in der Premiumklasse, dort, wo Innovationen gemacht werden. Die Politik darf nicht dirigistisch die zukünftige Fahrzeugtechnologie vorschreiben. Niemand kann die Entwicklung vorhersagen. Niemand weiß, ob Elektroautos die Zukunft sind. Dennoch: Wir liegen mit Japan und China in der Entwicklung der Elektromobilität gleichauf. Das verdanken wir der vorherigen Landesregierung

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

– natürlich, Herr Kollege –, weil sie mit der Landesagentur, dem E-Mobility-Cluster

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Clusterle!)

und der Stärkung der Forschung hier im Land aufgeholt hat. Nur Frankreich und die USA sind uns noch immer einen Schritt voraus.

Jetzt legt der Bund mit einem milliardenschweren Programm „Nationale Plattform Elektromobilität“ nach. Deutschland soll Leitmarkt für die Elektromobilität werden. Im Herbst werden drei bis fünf Regionen in Deutschland Fördermittel erhalten. Wir müssen dabei sein. Wowereit in Berlin, der thüringische Wirtschaftsminister Matthias Machnig, der der SPD angehört, und Bayern bemühen sich vehement um die Fördermillionen. Aus Stuttgart

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fehlanzeige!)

vernimmt man nichts – außer Regulierungsfantasien.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut!)

Im Wirtschaftsministerium, das zu einem Appendix des Finanzministeriums

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Degradiert!)

(Dr. Reinhard Löffler)

degradiert wurde, herrscht ein Schweigegelübde.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Schwere Vorwürfe! – Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Elektromobilität ist jetzt Sache des personell aufgespeckten Verkehrsministeriums. Die Landesagentur verliert an Bedeutung. Hoffnung macht mir das nicht.

Aber vielleicht fließt ja die ganze Energie, die der Verkehrsminister in die Verhinderung von Stuttgart 21 steckt, in die Elektromobilität.

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das konnte man bei Ihnen nicht in jedem Fall behaupten! – Beifall des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Unser Land muss Motor der Innovationsforschung im Bereich der Elektromobilität werden. Wir dürfen den Anschluss nicht verlieren. Unsere Unternehmen und unsere Beschäftigten müssen darauf vertrauen,

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

dass Regierung und Politik sie unterstützen. Dieses Vertrauen, Herr Ministerpräsident, haben Sie trotz aller Lippenbekanntnisse enttäuscht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oh!)

Verdienen Sie sich dieses Vertrauen zurück durch einen Schulterchluss mit unseren Unternehmen und den Beschäftigten. Sie stehen in einem beinharten, weltweiten Kampf um den neuen Markt Elektromobilität. Dabei müssen auch die kleinen und mittleren Zulieferbetriebe an einer Landesförderung partizipieren und Anreize für eine Verbesserung ihrer technologischen Leistungsfähigkeit erfahren.

Herr Ministerpräsident, das Patent mit der Nummer 37435 ist im Mai dieses Jahres in das Register des Weltkulturerbes aufgenommen worden. Es wäre wichtig, dass die Impulse für neue Antriebsaggregate wiederum aus unserem Land kommen – ohne ideologische Scheuklappen und ohne Fixierung auf eine technologische Monokultur.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut!)

Vielleicht wird es bei uns wieder ein Patent geben, das eine neue Zeit einläutet. Springen Sie, Herr Ministerpräsident, über Ihren grünen Schatten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Willi Stächele:** Für die Fraktion GRÜNE spricht jetzt Frau Abg. Lindlohr.

**Abg. Andrea Lindlohr** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Grimm, lieber Kollege Löffler, nach Ihren Reden

habe ich den Eindruck, dass Sie heute Nacht schlecht geschlafen haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich glaube, in Ihren Träumen scheint die neue, grün-rote Koalition allmächtig zu sein,

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Noch nicht!)

und Baden-Württemberg steht zugleich noch kurz vor dem Abgrund.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Wir sind einen Schritt weiter!)

Meine Herren, ich kann Sie beruhigen: Weder das eine noch das andere ist der Fall. Ich schlage Ihnen vor, morgen, wenn die Sommerferien beginnen, einfach einmal in Ruhe auszuschlafen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Dann werden Sie nicht mehr vom Alb geplagt sein, und wir, die Koalition, werden einfach in Ruhe unsere landespolitischen Schwerpunkte bearbeiten.

Lieber Kollege Grimm, ich habe aus Ihrer Rede eine gewisse Nichtwertschätzung für gute und effiziente Mittelklassefahrzeuge vom Standort Baden-Württemberg vernommen. Ich glaube, das haben Sie nicht wirklich ernst gemeint. Wir schätzen auch die Mittelklassefahrzeuge, die in Baden-Württemberg Arbeitsplätze sichern und hier produziert werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist ein Automobilstandort von Weltrang. Die industriellen Kernkompetenzen in unserem Land liegen in der Automobilindustrie – klar – und im Maschinenbau. Es ist unser Ziel als grün-rote Koalition, diesen beiden Kernbranchen die Rahmenbedingungen zu verschaffen, mit denen sie weiter erfolgreich sein können.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das glaubt keiner!)

Wir konzentrieren unsere Wirtschaftspolitik vom Technologietransfer bis hin zur Außenwirtschaftsförderung auf die vier Kompetenzfelder, die der Innovationsrat der alten Landesregierung bereits aufgegeben hat und die wir jetzt umsetzen. Nicht umsonst ist eines der vier Themen die nachhaltige Mobilität.

Wenn wir den Automobilstandort betrachten – das klang hier schon an –, zeigt sich: Wir produzieren hier nicht in erster Linie für uns, sondern für den Weltmarkt.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: So ist es!)

Die deutsche Automobilindustrie hatte laut Verband der Automobilindustrie im letzten Jahr eine Exportquote von sagenhaften 76 %. Als die Weltkonjunktur darniederlag, haben wir schon alle gemerkt, dass das auch eine Schwierigkeit darstellt. Aber sie gehört zum Automobilstandort dazu.

(Andrea Lindlohr)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es wichtig, dass wir diese Debatte vor dem Hintergrund der globalen Entwicklung führen. Darauf kommt es an, wenn wir Arbeitsplätze in Baden-Württemberg sichern wollen, und nicht auf das Klein-Klein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die globalen Entwicklungen sind: Immer mehr Menschen wohnen in Megacities, das Erdöl wird immer teurer, und die Weltgemeinschaft versucht, die Klimaerwärmung zu bremsen und CO<sub>2</sub> zu sparen.

Was heißt das für den Automobilstandort? Nehmen wir einmal den Ölpreis. Gestern betrug er etwa 113 Dollar pro Barrel auf dem Weltmarkt – eine früher unvorstellbare Zahl. Es ist angesichts dieser Entwicklung ganz offensichtlich nicht klug, technologisch nur auf den Verbrennungsmotor zu setzen. Aber genau das haben wir in der Wirtschaftspolitik der letzten 30 Jahre hier von den CDU-geführten Landesregierungen erlebt. Das muss ich einfach sagen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Die mobile Brennstoffzelle immer ein bisschen mitzufördern, wie das seit Lothar Späth die Praxis war, hat hier industriepolitisch offenkundig gar nichts gebracht. Oder sehen Sie irgendwo eine veritable Brennstoffzellenindustrie, die hier Arbeitsplätze sichert? Das ist nicht der Fall. Die Elektrifizierung des Automobils war bei den früheren Regierungen lange nicht auf dem Schirm, und die Landesagentur für Elektromobilität arbeitet seit gerade einmal einem Jahr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir von Grün-Rot gehen das Thema beherzt an. Wir wissen, dass die Zulieferindustrie vor einem gewaltigen Umbruch steht, wenn sich der Antriebsstrang in Richtung Elektrifizierung verschiebt. Wir wissen, dass der von Grün-Rot beschlossene Wirtschaftsschwerpunkt „Nachhaltige Mobilität“ viel mehr bedeutet als nur Elektroautos.

Diese Koalition wird die Landesinitiative Elektromobilität neu aufstellen.

(Zuruf von der CDU: Das fürchte ich!)

Wir legen Wert darauf, dass wir dabei alle Schnittstellen zwischen nachhaltiger Mobilität und der Energiewende, die jetzt zu leisten ist – auch mit Beschluss aus Berlin –, bearbeiten. Die Elektrifizierung des Autos müssen wir in Baden-Württemberg als Exportstandort angesichts der Weltnachfrage besetzen. Denn überall auf der Welt steigt der Ölpreis.

Aber für den Klimaschutz hier bei uns in Baden-Württemberg und auch dort, wo die Autos dann fahren, ist mit der bloßen neuen Antriebstechnologie noch fast gar nichts erreicht. Nach den Berechnungen des Öko-Instituts mit einer Well-to-Wheels-Betrachtung sind es für den heutigen Flottenverbrauch der Pkws in Deutschland beim heutigen Strommix vielleicht 10 bis 15 g CO<sub>2</sub> pro Kilometer, die bei einer Übertragung auf heute überhaupt nur eingespart werden können.

Das reicht aber nicht. Wir begrüßen es daher, dass sich unsere Automobilindustrie das Downsizing auf die Fahnen schreibt

und ihre Chancen bei leichteren und effizienteren Fahrzeugen nutzen will. Wir müssen hier unsere Anstrengungen verstärken, damit der Verkehrssektor zum Klimaschutz beiträgt. Selbst die letzte schwarz-gelbe Landesregierung wollte 27 % weniger CO<sub>2</sub> im Verkehrssektor bis zum Jahr 2020 erreichen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Immerhin!)

Das haben Sie kurz vor der Wahl noch in das „Klimaschutz-Plus“-Programm hineingeschrieben. Sie haben dann zwar nichts mehr unternommen, aber immerhin: Das Ziel gab es schon.

Meine Damen und Herren, wir gehen das an. Wir gehen das an mit einem kräftigen Ausbau der erneuerbaren Energien, den wir jetzt hier möglich machen, gerade im Bereich der Windkraft hier bei uns im Land – die brauchen wir –, und mit einer neuen, schlaun Infrastruktur für vernetzte Mobilität, bei der die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger noch stärker auf den öffentlichen Verkehr umsteigen und zugleich die Vorteile des Individualverkehrs nutzen können.

Das wird nicht zum Schaden unserer Automobilindustrie sein; im Gegenteil: Daimler hat es jetzt geschafft, sein eigenes Car-sharing-Konzept „Car2go“ von Ulm an der Donau nach Austin, Texas, zu exportieren. Da wollen wir, denke ich, doch wohl nicht hintanstellen.

Lieber Kollege Löffler, das Prinzip „weniger Autos“ funktioniert so: Ich bin heute Morgen mit „weniger Auto“, nämlich mit der S-Bahn, hierher nach Stuttgart gefahren, damit Sie angesichts unserer begrenzten Infrastruktur – das wird immer der Fall sein – mit Ihrem Auto morgens einfach mehr Platz auf der Straße haben. Das ist doch eine gute Arbeitsteilung.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Herr Grimm, noch zum Thema Stromverbrauch: Die Bundesregierung will bis zum Jahr 2020 die Zahl von einer Million zugelassenen Elektrofahrzeugen erreichen. Das hatte schon Schwarz-Rot beschlossen. Das ist, finde ich, ein weitreichendes Ziel. Das kostet, wenn man die Strecke zugrunde legt, die ein Auto im Schnitt fährt, etwa 1 bis 2 TWh Strom. Wir haben deutschlandweit eine Stromproduktion von etwa 600 TWh. Sie sehen also: Die Dimension, mit der Sie argumentiert haben, stimmt doch nicht so ganz, und auch die Bundesregierung sieht hier kein Problem.

Meine Damen und Herren, wir unterstützen den Verkehrsminister dabei, nachhaltige Mobilitätskonzepte für Baden-Württemberg zu entwickeln, egal, ob für den städtischen Verkehr oder für den ländlichen Raum. Wir unterstützen den Finanz- und Wirtschaftsminister hinsichtlich der Automobilclusterpolitik, die dringend nötig ist. Wir unterstützen die Wissenschaftsministerin in der Forschung im Bereich Mobilität und den Umweltminister bei der Lösung der Energiefragen. Wir unterstützen den Ministerpräsidenten im Dialog mit unseren Unternehmern über Nachhaltigkeit.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Auf Augenhöhe!)

(Andrea Lindlohr)

Deshalb kann ich Ihnen versprechen: Wir als grün-rote Koalition setzen uns heute und in den nächsten fünf Jahren für einen ganz hervorragenden, einen starken, einen nachhaltigen Automobilstandort Baden-Württemberg ein.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Präsident Willi Stächele:** In der weiteren Debatte erteile ich dem Vertreter der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Hofelich, das Wort.

**Abg. Peter Hofelich SPD:** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Anlass für die heutige Debatte war wohl eine Bemerkung des Herrn Ministerpräsidenten vor einigen Wochen, die eigentlich „durch“ ist.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: „Durch“ ist gar nichts!)

Jetzt gibt es hier eine Debatte zur Zukunft des Automobils insgesamt. Diese Debatte wollen wir gern führen. Hierfür sollen wir uns, meine ich, bei Gelegenheit auch einmal mehr Zeit nehmen. Wir sind gern dazu bereit, weil es für unsere Fraktion wichtig ist, dass die Zukunft des Automobils in Baden-Württemberg stattfindet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Super!)

Ich möchte einige Bilder an den Anfang meiner Bemerkungen stellen. Das erste Bild ist einfach die Konjunktursituation. Die deutsche Fahrzeugindustrie fährt zügig aus der Krise. Darüber gibt es Freude. Baden-Württemberg gibt das Tempo vor. Heute hat Daimler für das zweite Quartal Rekordergebnisse verkündet. Die Premiumklassen tragen ihren Teil dazu bei, weil sie technologisch aufgeladen sind und weil sie dadurch Lokomotiven sind.

Fast eine halbe Million Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze in Baden-Württemberg, einschließlich der Zulieferindustrien, am Auto hängen, schauen nicht mehr – wie vielleicht noch in der Konjunkturkrise – in den Abgrund, sondern wissen: Es gibt heute eine stabile Arbeitsplatzsituation; es gibt eher einen Fachkräftemangel.

Wir sind in einer Situation, in der unser Land das richtige Land für die Fahrzeugindustrie ist. Wir wollen in Deutschland und in Europa die führende Fahrzeugregion sein. Uns geht es heute mit dem, was geschieht, gut. Darüber freuen wir uns. Baden-Württemberg liegt vorn.

Ich will an dieser Stelle aber auch sagen, dass es zwei Bilder gibt, über die wir uns schon Gedanken machen dürfen. Das kann man aus Anlass dieser Debatte jetzt durchaus einmal tun.

Gerade wurde angesprochen, wie man heute Morgen in die Stuttgarter Innenstadt gekommen ist. Wer morgens in einem der Staus in Richtung Stuttgart steht, schaut – meist sitzt man allein in seinem Auto – nach links und rechts und sieht die anderen, die ebenfalls allein in ihrem Auto sitzen, und sagt sich: Wären die Typen mit der S-Bahn gefahren, wäre ich schon im Büro.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

– Herr Mack, Achtung! Auch in Aalen gibt es Verkehrsprobleme.

(Heiterkeit)

Da darf man sich doch einmal die Frage stellen, ob ein Land, das auf dem Weg sein will, über das Auto hinaus Hersteller von Mobilität zu werden, Systemhersteller von Mobilität zu werden – das ist eigentlich die baden-württembergische Mission –, mit Blick auf die Herstellerseite gut beraten ist, wenn es auf der Anwendungsseite, nämlich bei Systemen der Mobilität, insbesondere in Ballungsräumen – also auf der Nutzungsseite – so schwach aufgestellt ist, wie Baden-Württemberg es ist, mit viel zu wenig Power in den Verkehrsverbänden und viel zu wenig intermodalem Verkehr. Sie haben uns Probleme aus der Zeit der alten Regierung vor die Haustür gekippt, die wir mit der neuen Regierung jetzt lösen wollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Dann stellen Sie einmal Ihre Konzepte vor!)

Wir werden dann international spitze sein, wenn die Menschen den Eindruck haben, dass wir auch bei uns selbst in Baden-Württemberg die besten Anwender von Mobilität sind. Das ist das beste Verkaufsargument.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dann müssen wir halt weiterbauen!)

Übrigens, Herr Kollege Bullinger – das ist heute noch nicht angesprochen worden –: Wenn Herr Ramsauer als Bundesminister für Verkehr irgendetwas in Richtung „Bogen um Baden-Württemberg herum machen“ sagt – was völlig aus der Luft gegriffen ist –, so möchte ich das – das sollte eigentlich für uns alle gelten – zurückweisen. Denn das nicht zurückzuweisen wäre in Baden-Württemberg recht unpatriotisch. Was Herr Ramsauer sich geleistet hat, ist nicht das, was ein Minister für die gesamte Bundesrepublik eigentlich leisten sollte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das zweite Bild, das ich – nach dem Bild vom Stau – zeigen will, ist das Bild des Branchenmixes. Die „Wirtschaftswache“, die ich vor ein paar Wochen aufgeschlagen habe – sie muss nicht jeder lesen –, macht alle paar Jahre ein Länderranking. – Alle schauen mich gerade erwartungsvoll an, weil sie wissen, was drinsteht.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Ja! Wir sind auf dem letzten Platz, seit gestern!)

In dem Länderranking gibt es zwei Kategorien: Das eine ist das Niveauranking, das andere ist das Dynamikranking. Im Niveauranking liegt Baden-Württemberg noch auf Platz 2, zwischenzeitlich dicht gefolgt von Hamburg,

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist ein alter Hut!)

im Dynamikranking – dieser Hut wird hier noch einmal aufgesetzt – aber leider auf Platz 16. Deswegen ist die Frage, ob

(Peter Hofelich)

wir uns nicht endlich einmal aus der Welt der Hochglanzbrochüren der vorherigen Landesregierung verabschieden sollten und darüber reden sollten, wie der Mix der Volkswirtschaft in Baden-Württemberg künftig aussehen soll. Das ist die entscheidende Frage in diesem Parlament, und dazu muss Wirtschaftspolitik beitragen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich sage nur: Der industrielle Kern Baden-Württembergs wird – das ist unsere Mission, das ist unsere Vorstellung, und das steht so auch klar im Regierungsprogramm –, weiterhin das sein, was uns gegenüber anderen Ländern und Regionen in Europa überdurchschnittlich auszeichnet. Wir wollen eine Industrieregion sein. Tatsache ist aber auf jeden Fall, dass Anstöße, wie wir künftig in diesem Branchenmix nach vorn gehen und damit dafür sorgen, dass auch die Fahrzeugbranche mit neuen Impulsen zu dieser Dynamik beiträgt, Sache der Politik sind. Das halte ich für richtig, und deswegen lag auch der Ministerpräsident richtig, als er gemeinsam mit anderen seinen Impuls in diese Diskussion gegeben hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Im Übrigen möchte ich auf die gespenstischen Züge hinweisen, die diese Debatten manchmal tragen: Jeden Morgen, wenn wir hier sitzen, geschieht Wirtschaft draußen, ganz ohne uns.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Gott sei Dank!)

Irgendjemand entwickelt gerade eine Vertikaldrehmaschine, irgendjemand montiert gerade Autos, irgendjemand verkauft gerade eine IT-Lösung an die Banken. Diese Allmachtsfantasien, was wir alles beeinflussen, die hier manchmal aufscheinen, kommen mir sehr komisch vor. Es passiert einfach, und deshalb wird auch der Automobilmarkt weiterhin einfach „passieren“.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wenn man ihn lässt!)

Das ist überhaupt keine Frage; daran habe ich keinen Zweifel. Tatsache ist auf jeden Fall, dass das Land mit seiner Politik dazu beitragen wird. Darum geht es.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Richtig! Und jetzt wollen wir den Beitrag einmal hören!)

– Die Beiträge sind bereits genannt worden, Herr Kollege Dr. Birk. Ich weiß gar nicht, worauf Sie warten.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber noch nicht von Ihnen!)

– Doch, auch von mir, und das wissen Sie auch.

Nehmen wir einmal Stellung zu der Frage, wohin es geht. Das Erste ist zunächst einmal die Zukunft des Automobils, zu der wir mit einem Innovationsrat beitragen; das ist beschrieben. Sie ist im Übrigen nicht rot, sie ist nicht schwarz, sie ist nicht grün, und sie ist nicht gelb. Die Zukunft des Automobils ist einfach effizient, attraktiv und am besten auch vernetzt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich rate daher dazu, das Auto, das Fahrzeug, aus der Politik herauszuhalten.

Das Nächste ist: Wir haben noch genug zu tun, wenn wir bei der Optimierung der jetzigen Fahrzeugtypen mit vorn dabei sein wollen. Eine Sache, über die ich mir – unabhängig vom Thema Elektromobilität – Gedanken mache, ist: Wenn man optimierte Fahrzeuge haben will, muss man am Gewicht arbeiten.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Leichtbauweise!)

Damit sind wir beim Leichtbau, der klassischen schwäbischen Kernkompetenz des „Blechbätschens“. Man muss sich Gedanken machen, wie das bei uns aufseiten der Forschung weiter begleitet werden kann. Das ist eine Aufgabe, die das Land hat, und ich glaube, dass wir als Land angesichts der bestehenden Exportchancen – in der Summe werden es mehr Fahrzeuge sein, weil die Nachfrage nach Autos aus Deutschland groß ist – weiterhin gefordert sind.

Kommen wir zum zweiten Thema, der Elektromobilität. Zum Thema Elektromobilität ist eine eigene Landesagentur eingerichtet worden. Herr Kollege Löffler, wir können hinterher sicher noch darüber sprechen, was dort alles gemacht wird. Die Wirtschaftsförderung in der Region Stuttgart und die Landesagentur befinden sich in der Vorbereitung auf den Schaufensterwettbewerb. Sie tun dies gut und konzentriert.

Auch wenn Sie in das Regierungsprogramm schauen, werden Sie feststellen, dass es überhaupt keinen Grund für die Annahme gibt, auch nur einer würde es an entsprechender Unterstützung fehlen lassen. Wir wollen mit dem Wettbewerb beginnen, und wir glauben, dass Elektromobilität für die baden-württembergische Industrie ein Zukunftsthema ist. Hierfür wollen wir selbst ein Schaufenster sein. Wir wollen z. B. nicht nur auf der Technologieseite, sondern, wenn es geht, auch auf der Beschaffungssseite, also etwa bei der Beschaffung für den öffentlichen Dienst, vorangehen, indem wir sagen: Wir wollen für Elektromobilität beispielgebend werden, und zwar dadurch, dass wir unseren Blick auf die Fuhrparks des Landes Baden-Württemberg oder mit dem Land verbundener Organisationen richten.

Ich möchte noch einen dritten Punkt ansprechen, und zwar die intermodalen Verkehre. Wir wissen inzwischen ganz genau, dass gerade bei den jüngeren Menschen in den Großstädten der Wunsch, ein Auto zu besitzen, weniger stark ausgeprägt ist. Intermodale Verkehre, also Verkehre, die von der Idee getragen sind, dass man gemeinsam Dinge nutzt, sollten wir künftig auch für Baden-Württemberg stärker in Betracht ziehen.

Ich finde, hier muss auch mehr Demonstration geleistet werden. Wer etwa aus dem Urlaub in Südfrankreich nach Deutschland zurückfährt, fährt östlich an Lyon vorbei. Dort sieht man am Flughafen Saint Exupéry das stolze Hinweisschild „Centre Intermodal“. Da fährt der TGV, da ist der Flughafen, und da ist die Autobahn. So etwas ist klasse. Ich fände es klasse, wenn man sagen könnte: Baden-Württemberg ist ein Zentrum für intermodalen Verkehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Aber Stuttgart 21 ziehen Sie nicht durch!)

– Sie alle kennen meine Meinung zu diesem Thema.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir wollen sie aber noch einmal hören!)

(Peter Hofelich)

Deswegen bin ich dafür,

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Sagen Sie das den Grünen!)

dass wir auch für den intermodalen Verkehr verstärkt Schaufensterwettbewerbe machen. Das geht auch im kleineren Maßstab, etwa dann, wenn jemand – dem Rat der Kollegin folgend, Herr Kollege Löffler – beispielsweise in Stuttgart-Feuerbach umsteigt.

Ich meine, wir haben in Baden-Württemberg genügend Aufgaben. Wir sollten sagen: Dieses Land wird dazu beitragen, dass die baden-württembergische Fahrzeugindustrie insgesamt zu einem Systemhersteller für Mobilität wird. Das ist die Zukunft, und dazu wollen wir als Koalition beitragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Willi Stächele:** Für die Landesregierung spricht nun der Minister für Finanzen und Wirtschaft, Herr Dr. Schmid.

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir können in dieser Debatte dazu beitragen, dass alle wieder ruhig schlafen

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was? Wir sind hellwach!)

und geruhsam in den Urlaub gehen können. Es ist doch klar: Die Landesregierung steht hinter dem Industrie- und Automobilstandort Baden-Württemberg. Wir wissen ganz genau, dass die Stärke unserer Wirtschaft nur gehalten und das Ziel der Vollbeschäftigung nur erreicht werden kann, wenn wir die industrielle Basis unseres Landes hegen und pflegen. Die industriellen Leitbranchen, die wir in Baden-Württemberg haben, sind die Automobilindustrie und der Kranz der Maschinenbauer und der Unternehmen im Bereich Elektrotechnik, der sich als Zulieferer darum herum rankt.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Jeder, der weiß, dass Industrie nicht nur Wohlstand schafft, sondern auch Beschäftigung und damit auch Sicherheit für die Beschäftigten selbst und für ihre Familien, weiß auch, wie wichtig dies ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir wissen es!)

Wir haben im Koalitionsvertrag nicht umsonst gemeinsam – SPD wie Grüne – festgelegt, dass wir Vollbeschäftigung erreichen wollen und deshalb diesen Industriestandort stärken und dazu in die Wachstumsfelder, die eben schon identifiziert worden sind, investieren wollen. Dazu gehört gerade auch die nachhaltige Mobilität.

Die Arbeitsplätze im Bereich der Automobilindustrie, die in Baden-Württemberg angesiedelt sind, machen deutschlandweit ein Viertel der Arbeitsplätze in diesem Sektor aus. Baden-Württemberg hat eine stolze Tradition, angefangen mit der Erfindung von Carl Benz in Mannheim, die dann von Daimler in Stuttgart fortgeführt wurde. Das Land kann auf ei-

ne stolze Tradition in der Automobilindustrie zurückblicken. Dass unsere Unternehmen gut aufgestellt sind, zeigt sich gerade auch im Geschäftsergebnis von Daimler im zweiten Quartal 2011. Herr Hofelich hat bereits darauf hingewiesen: Es gibt im zweiten Quartal das Rekordergebnis von 2,5 Milliarden € für Daimler. Wir können stolz auf unsere Autounternehmen sein.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Deshalb sage ich für die Landesregierung voller Selbstbewusstsein: Baden-Württemberg ist seit 125 Jahren Automobilland, und es wird auch in Zukunft das Autoland bleiben. Die Menschen und gerade auch die Beschäftigten und die Unternehmensleitungen in der Autoindustrie wissen aber auch ganz genau, dass der Wohlstand nie selbstverständlich ist. Er muss immer wieder neu hart erarbeitet und errungen werden. Gustav Heinemann hatte völlig recht, als er einst sagte: Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.

Die Autoindustrie braucht die Politik gar nicht. Sie verändert sich Jahrzehnt für Jahrzehnt, Jahr für Jahr, Tag für Tag. Sie passt sich immer wieder an die Entwicklungen an, um am Markt bestehen zu können. Denn letzten Endes ist es nicht die Politik, sondern sind es die Kunden, die darüber entscheiden, ob Autounternehmen gut aufgestellt sind. Gerade die Technikgeschichte des Autos ist ein Beleg dafür. Wichtige Innovationen im Hinblick auf Sicherheit, Komfort, aber auch auf ökologische Nachhaltigkeit sind von Oberklasseherstellern aus dem Premiumsegment ausgegangen, gerade auch von Herstellern in Baden-Württemberg. Der Airbag, die Start-Stopp-Automatik, ESP, aber auch Komfortelemente wie der elektrische Fensterheber – alles ist im Premiumsegment entwickelt worden.

Das zeigt auch, wie wichtig es ist, dass wir alle Arten von Autos in der automobilen Wertschöpfungskette in Deutschland und in Baden-Württemberg halten. Es sind gerade die Unternehmensführer selbst – ich nenne Dieter Zetsche –, die sagen: „Wir werden unsere Autos so grün machen, dass die Wettbewerber gelb vor Neid werden.“ Genau darum geht es: dass die Basis unseres Wohlstands, die Autoindustrie, nachhaltig ausgerichtet wird. Es wird also darum gehen, dass die Autos, die in Zukunft von den Bändern rollen, auch unter Ressourceneffizienzgesichtspunkten, unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten bestehen werden.

Genau das fordern auch die Kunden ein, wie das Verbraucherverhalten in Deutschland und Europa zeigt. Übrigens fordern das auch die Kunden in den Zukunftsmärkten Asiens sowie Südamerikas. Sie wollen natürlich auch die S-Klasse und den A 8. Vor allem aber wollen sie mit ihren deutschen Autos auch in die luftverpesteten Innenstädte hineinfahren können. Dies ist in immer stärkerem Maß reguliert, weswegen für die Kunden der deutschen Exportschlager aus Baden-Württemberg auch die Frage des Schadstoffausstoßes immer wichtiger wird.

Deshalb wollen wir von der Landesregierung unseren Beitrag dazu leisten, dass die Autoindustrie vorn bleibt. Wir haben nicht erst seit gestern die nachhaltige Mobilität als eines der vier Wachstumsfelder identifiziert. Genau darum werden wir uns bemühen. Es wird darum gehen, dass wir durch Forschung

(Minister Dr. Nils Schmid)

und Entwicklung sowie durch Zusammenwirken in Clustern die Antriebstechnologien der Zukunft unterstützen. Eine zentrale Rolle wird dabei die Landesagentur e-mobil BW einnehmen, die, anders als ihr Name den Anschein erweckt, natürlich alle Antriebsformen im Blick hat. Wir von der Regierung werden sicher nicht vorschreiben, welche alternativen Antriebstechnologien die Autohersteller einzubauen haben. Das muss der Markt entscheiden.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Sehr gut!)

Wir werden sie unterstützen, sie zu entwickeln und zur Anwendung zu bringen.

Deshalb fordere ich Sie auf: Schauen Sie nicht auf einzelne Äußerungen in der Presse. Machen Sie mit, dass Baden-Württemberg bei dem anstehenden Schaufensterprojekt im Rahmen der Nationalen Plattform Elektromobilität gut aufgestellt ist. Ausgehend von der Landesagentur e-mobil BW werden wir mit einem breiten Bündnis von Unternehmen antreten. Baden-Württemberg wird einen fachlich hoch qualifizierten Beitrag leisten. Ich sage Ihnen eines: Sie stehen in der Verantwortung dafür, dass das nicht an parteipolitischem Hader in Berlin scheitert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Den haben Sie schon hier!)

Das Zweite, was wir uns vorgenommen haben – dabei ist unsere Herangehensweise vielleicht etwas breiter als die der vorherigen Landesregierung –, ist: Wir wollen gerade auch den Strukturwandel in der Autoindustrie durch eine dialogorientierte Wirtschaftspolitik unter Einbeziehung der Gewerkschaften begleiten. Denn es ändert sich nicht nur der Antriebsstrang, es ändern sich nicht nur die Produktionsverfahren und die Produktionsbestandteile, sondern es ändert sich auch die Arbeitswelt.

Genau deshalb ist es so wichtig, dass wir, wenn es um Leichtbauweise geht, wenn es um alternative Antriebe geht, gemeinsam mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern, mit Verbänden aus dem Unternehmensbereich und mit den Gewerkschaften an einem Tisch sitzen und den Wandel sowie die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen besprechen. Denn eines ist klar: Auch die Autoindustrie in Baden-Württemberg lebt von den am besten ausgebildeten Fachkräften.

Wir werden über die Fachkräfteallianz und über zielgenaue Weiterbildungsangebote alles dafür tun, dass diese neuen Produktionsanlagen auch in Baden-Württemberg stehen und dass wir die Autos der Zukunft nicht nur hier erforschen und entwickeln, sondern dass sie auch in Baden-Württemberg produziert werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Joachim Kößler CDU: Und gefahren werden!)

Schließlich haben Sie zu Recht darauf hingewiesen: Autos brauchen Straßen. Der Stau, den wir tagtäglich erleben, wird dazu führen müssen, dass wir an der einen oder anderen Stelle auch den Neu- und Ausbau von Bundes- und Landesstraßen voranbringen. Genau das ist auch im Koalitionsvertrag festgelegt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Nur zu!)

Hierzu sage ich Ihnen eines: Auch da sind Ihre Beiträge herzlich willkommen. Wer aber beginnen will, Autobahnen zu privatisieren und damit den Bund aus der Verantwortung für die Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg zu entlassen,

(Zuruf von der SPD: Ja!)

der ist wirklich auf einem Irrweg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Geisterfahrt! – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das Gegenteil!)

Die Gewährleistung einer leistungsfähigen Infrastruktur für den Verkehr auf dem Wasser, auf der Schiene, auf der Straße und in der Luft ist eine öffentliche Aufgabe. Insbesondere der Straßenbau ist eine Aufgabe, die aus Steuermitteln finanziert werden muss. Deshalb haben wir keine solchen Wolkenkuckucksheime wie die Autobahnprivatisierung aufgebaut, sondern wir haben gesagt: Wir wollen als Landesregierung beim Bund vorstellig werden und deutlich machen, dass wir einen höheren Anteil der Bundesmittel nach Baden-Württemberg holen müssen, um den absehbaren Verkehrszuwachs bewältigen zu können. Die Regierung steht ein für realistische Lösungsansätze, aber nicht für diese Dauerbrenner mit der Autobahnprivatisierung und der Automaut. Wir brauchen jetzt Lösungen für die Verkehrsprobleme in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Willi Stächele:** Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass ich Punkt 2 der Tagesordnung schließe.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, weise ich darauf hin, dass der Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur 15 Minuten nach dem Ende der Plenarsitzung im Eugen-Bolz-Saal tagen wird. Alle, die diesem Ausschuss angehören, sollten sich dafür bereithalten.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

- a) **Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Vierten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011 – Drucksache 15/300**
- b) **Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2011 – Bericht der Landesregierung zum Kassensturz – Drucksache 15/155**

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksachen 15/340, 15/341**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Maier**

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten zur Anwendung kommen.

Das Wort erteile ich in der Reihenfolge der Fraktionsstärke zunächst dem Vertreter der CDU-Fraktion, Herrn Abg. Herrmann. Bitte schön.

**Abg. Klaus Herrmann** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kassensturz der Landesregierung hat die Erwartung geweckt, dass sich die Landesregierung bei der Haushaltsplanung Seriosität auferlegt und eine nachhaltige Finanzpolitik betreiben wird. Der Kassensturz selbst war nicht nur inhaltlich eine herbe Enttäuschung; denn es handelt sich nur um eine Zusammenstellung von Auszügen aus Denkschriftbeiträgen des Rechnungshofs und aus der mittelfristigen Finanzplanung. Der Kassensturz war auch anderweitig eine Enttäuschung, weil die Landesregierung daraus keinerlei eigene Erkenntnisse gewonnen hat.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung gibt es im nächsten Haushaltsjahr eine – schon bekannte – Deckungslücke von 2 Milliarden €. Wir haben Schritte eingeleitet, um diese Deckungslücke zu schließen, beispielsweise durch den Einstieg in ein Lebensarbeitszeitkonto.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Das hätte bereits in diesem Jahr 20 Millionen € weniger Ausgaben bedeutet. Im nächsten Jahr hätte sich diese Zahl mindestens verdoppelt, wenn nicht gar verdreifacht. Bis zum Jahr 2018 wäre die strukturelle Einsparung auf jährlich 160 Millionen € angestiegen. Sie streichen diese strukturelle Entlastung des Haushalts. Sie kündigen weitere Mehrausgaben an – insbesondere im nächsten Jahr mehr Geld für fragwürdige Experimente im Bildungsbereich, mehr Geld für Film und Medien, wie Herr Staatssekretär Walter angekündigt hat –, und Sie erzielen weniger Einnahmen durch den Wegfall der Studiengebühren. Herr Fraktionsvorsitzender Schmiedel hat ja gesagt: „Jetzt wird erst einmal Geld ausgegeben, gespart wird später.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Und was machen Sie heute? Sie legen einen Nachtragshaushalt vor, der gegen geltendes Recht verstößt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Unter der noch von CDU und FDP/DVP geführten Regierung haben wir mit dem Dritten Nachtrag die Nettokreditaufnahme im Jahr 2011 auf 810 Millionen € reduziert. Mithilfe der nach der Mai-Steuerschätzung unerwartet hohen Steuermehereinnahmen von über 1 Milliarde € könnte der Landtag heute beschließen, im Jahr 2011 ohne neue Kredite auszukommen. So wäre eine unionsgeführte Regierung verfahren. Was machen Sie? Sie nehmen 560 Millionen € an neuen Schulden auf. Das ist keine seriöse Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Warum verstößt dieser Nachtragshaushalt nun gegen geltendes Recht? Nach der vom Landtag beschlossenen Regelung in § 18 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung dürfen ab dem Jahr 2008 grundsätzlich keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Wir haben mit dieser Regelung genau das verhindern wollen, was die neue Landesregierung jetzt beabsichtigt, nämlich in konjunkturell guten Zeiten neue Schulden zu machen.

§ 18 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung schreibt vor, dass über den am 31. Dezember 2007 bestehenden Schuldenstand

von 41,7 Milliarden € hinaus eine Kreditaufnahme nur zulässig ist, wenn die Steuereinnahmen des Landes um mindestens 1 % gegenüber dem Vorjahr zurückgehen oder eine Naturkatastrophe bzw. eine vergleichbar schwerwiegende Situation eintritt. Wir haben in den Jahren 2008 und 2009 keine neuen Schulden gemacht. Die Steuereinnahmen im Jahr 2010 lagen um 5,2 % unter den Steuereinnahmen im Jahr 2009. Daher war eine Schuldenaufnahme im Jahr 2010 zulässig.

In diesem Jahr liegen die Steuereinnahmen nun nach Abzug dessen, was in den Länderfinanzausgleich geht, mit 24,1 Milliarden € um 1 Milliarde € über den Steuereinnahmen im letzten Jahr. Das heißt, sie haben um 4,2 % zugenommen. Eine Neuverschuldung ist damit nicht zulässig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Landesregierung begründet die Neuverschuldung damit, dass die Steuereinnahmen in diesem Jahr um 700 Millionen € unter den Einnahmen im Jahr 2008 lägen und im Landeshaushalt die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise nach wie vor spürbar seien. Herr Minister, Sie haben das im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft am Montag noch einmal ausdrücklich bestätigt. Dieses Argument widerspricht eindeutig dem klaren Wortlaut von § 18 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung, der auf das Vorjahr – also auf die Höhe der Steuereinnahmen im Jahr 2010 – abstellt. Das hat uns auch der Rechnungshof im Ausschuss eindeutig bestätigt.

Schlimmer noch: Herr Finanzminister, Sie haben im Ausschuss erklärt, dass § 18 der Landeshaushaltsordnung nicht der Regelungslogik des Grundgesetzes entspreche, und haben angekündigt, dass Sie deshalb eine mögliche Änderung prüfen. Herr Minister, wir haben die strenge Regelung des Schuldendeckels nicht in die Verfassung eingefügt, sondern in ein Gesetz, weil wir der Meinung sind, die Regierung und die Landtagsmehrheit halten sich an Recht und Gesetz. Wenn Sie § 18 ändern und aufweichen wollen, wäre das der finanzpolitische Offenbarungseid dieser Regierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Ein weiterer Punkt: Die Regierung ist verpflichtet, dem Landtag einen Haushalt vorzulegen, der den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit entspricht. Sie haben nun in dem Nachtragshaushalt eine kreditfinanzierte Rücklage von – jetzt reduziert – 408 Millionen € vorgesehen. Eine Investitionsrücklage ist ja finanzpolitisch im Grunde zu begrüßen, zumal in der Vergangenheit – auch das haben wir immer gesagt – die Investitionshöhe teilweise unter den Abschreibungswerten lag, also ein Vermögensverzehr stattfand. Das ist beim Kassensturz noch einmal deutlich geworden.

Aber eine Investitionsrücklage verstößt dann gegen die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit, wenn sie kreditfinanziert ist. Die Kreditkosten dürften bereits jetzt eine mögliche Anlagenrendite übersteigen. Sie haben nicht dargelegt, dass hier irgendein Sonderfall vorliegt, der eine andere Beurteilungsgrundlage nahelegt.

Sie verstoßen in einem weiteren Punkt gegen die Landeshaushaltsordnung. Sie haben für die Rücklagenbildung keine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vorgelegt. Es müsste dargelegt



(Klaus Herrmann)

werden, dass die Bildung einer Rücklage wirtschaftlicher ist als die Vermeidung einer Neuverschuldung. Der Rechnungshof hat dies im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft ebenfalls deutlich kritisiert.

Sie beginnen also mit einem gesetzwidrigen Haushalt. Sie geben das Planungsziel der Vorgängerregierung auf, mit einem Haushalt ohne neue Schulden auszukommen. Sie planen auch in den nächsten Jahren neue Schulden.

Meine Damen und Herren, wir haben mitten im Landtagswahlkampf – im Februar – die Steuermehreinnahmen nicht nur vollständig für den Abbau neuer Schulden verwandt, sondern wir haben darüber hinaus ein Sparprogramm mit einem Volumen von 500 Millionen € vorgelegt, das Sie jetzt – Stichwort Lebensarbeitszeitkonto – teilweise wieder zurücknehmen.

Auch in einem anderen Bereich zeigt sich die Maßlosigkeit, die Hemmungslosigkeit und die Orientierungslosigkeit der neuen Landesregierung, nämlich bei den 180 neuen Stellen in den Ministerien. Ein Teil dieser Stellen, die bei einer Regierungsneubildung anfallen, wird von uns akzeptiert. Wir akzeptieren diejenigen neuen Stellen, bei denen ein k.w.-Vermerk ausgebracht ist – mit Ausnahme einiger Stellen beim Kultusministerium. Dort lehnen wir sechs der elf neuen Stellen, die mit einem k.w.-Vermerk versehen sind, ab. Aber die anderen 59 neuen Stellen akzeptieren wir, weil dort ein k.w.-Vermerk – also „künftig wegfallend“ – ausgebracht ist und weil wir auch akzeptieren, dass bei einer neuen Regierung die Schaffung neuer Stellen anfällt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber was ist mit den anderen Stellen? Herr Minister Herrmann bekommt für sein Haus 59 neue Stellen. Dies sind teilweise Stellen für verdiente Verhinderer von Stuttgart 21.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Selbstbedienungsladen!)

Wer gestern Demonstrationen organisiert hat, wer sich bei den Parkschützern engagiert hat, ist heute am Bürgertelefon der Landesregierung Ansprechpartner für Anrufe in Verkehrsfragen.

(Zuruf des Abg. Guido Wolf CDU)

Damit wird ein aufgeblähter Apparat instrumentalisiert, um ein nach geltendem Recht zustande gekommenes Projekt zu verhindern – mit dem einzigen Ziel, einen Weg zu finden, der es dem Minister erlaubt, bestehende Verträge zu brechen und parlamentarische Beschlüsse zu ignorieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Im Integrationsministerium werden 45 neue Stellen geschaffen. In Niedersachsen kommt man an entsprechender Stelle bei einem deutlich breiteren Aufgabenspektrum mit der Hälfte der Stellen aus.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Für all das gibt es eigentlich nur eine plausible Erklärung: Die Motivation der Landesregierung hat im Wesentlichen darin gelegen, Vorsorge bezüglich der Regelungen der Schuldenbremse, die im Grundgesetz verankert sind, zu treffen. Dies hat sie aber leise und heimlich und nicht etwa durch eine Änderung des Schuldenaufnahmeverbots in der Landeshaushaltsordnung getan.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Die Übergangszeit bis zur strikten Anwendung der entsprechenden Bestimmungen des Grundgesetzes beginnt in diesem Jahr. Der enge Zusammenhang zwischen erhöhter Neuverschuldung und der gleichzeitigen Bildung von kreditfinanzierten Rücklagen führt zu der Annahme, dass es der neuen Regierung in Wahrheit darum geht, Rücklagen für kommende Haushaltsjahre zu bilden, in denen der haushaltspolitische Spielraum wegen der bundesstaatlichen Vorwirkungen der Schuldenbremse beschränkt wird.

Ein weiterer Punkt, Herr Dr. Schmid: Sie konnten im Finanz- und Wirtschaftsausschuss nicht plausibel erklären, warum Sie das Schuldenaufnahmeverbot nach der Landeshaushaltsordnung umgangen haben. Sie haben auch versucht, die Wirtschaftlichkeit der Sanierungsrücklage durch die im Staatshaushaltsgesetz neu eingeführte Liquiditätssteuerung zu begründen. In beiden Punkten hat Ihnen der Rechnungshof klar widersprochen.

Wir haben angekündigt, dass wir gründlich prüfen, wie wir uns gegen einen gesetzwidrigen Haushalt wehren können. Der Rechnungshof bestätigt: Wir sind im Recht. Es zeigt sich aber leider auch, dass gegen einen objektiven Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung nicht geklagt werden kann. Sie müssen mit dem Makel leben: Das erste Gesetz, das Sie in den Landtag einbringen, verstößt gegen geltendes Landesrecht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich will noch auf zwei Einzelheiten hinweisen, die ebenfalls zeigen, wie die Landesregierung vorgeht. Die Aufwandsentschädigung für die Staatsrätin im Staatsministerium ist im Vergleich zu der entsprechenden bisherigen Aufwandsentschädigung um 37 000 € höher. Das sind, umgerechnet auf ein Jahr, etwa 60 000 € mehr, als die bisherige Staatsrätin bekommen hat. Auch sie hatte schon eine Entschädigung erhalten. Das hat mit Ehrenamt, meine Damen und Herren, nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Staatsministerium hatte unter der Regierung von Stefan Mappus im letzten Jahr nach dem Istergebnis Repräsentationsausgaben von 1,4 Millionen €. Für dieses Jahr genehmigen Sie sich,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ein halbes Jahr!)

obwohl bisher nur 600 000 € verbraucht sind, 1,8 Millionen €. Das sind 30 % mehr als im Vorjahr. Das ist ebenfalls nicht angemessen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Klaus Herrmann)

Das neue Ministerium für Verkehr und Infrastruktur bekommt für 59 zusätzliche Mitarbeiter 750 000 € – das ist eine Dreiviertelmillion – für Maschinen, Geräte und Sachausstattung. Auch hier wird massiv geklotzt. Das ist nicht in Ordnung.

Meine Damen und Herren, unser Haushaltskonzept sieht vor, dass wir die insgesamt 59 neuen Stellen mit k.w.-Vermerk akzeptieren, dass wir die zwangsläufigen Mehrausgaben weitgehend akzeptieren. Wir stimmen auch einigen Einzelplänen zu, weil sich bei diesen nichts verändert hat. Wir akzeptieren nicht die Neuverschuldung von 560 Millionen €.

Herr Minister, Sie haben vorhin gesagt, unsere Beiträge seien herzlich willkommen, wenn es um Sanierung und um Straßenbau geht. Das nach unserem Deckungskonzept übrige Geld von 26,8 Millionen € wollen wir für den Neubau und die Sanierung von Straßen verwenden. Stimmen Sie also unserem Änderungsantrag Drucksache 15/345-4 zu. Sie haben vorhin Beiträge eingefordert. Jetzt legen wir sie vor. Wir hoffen auf Ihre Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wenn Sie unseren Anträgen folgen, dann haben wir einen Haushalt, der den Vorgaben der Landeshaushaltsordnung entspricht, einen Haushalt ohne neue Schulden im Jahr 2011 und einen Haushalt, der die Grundlage für strukturelle Entlastungen auch in der Zukunft schafft, einen Haushalt, der für die Zukunft der Bevölkerung in Baden-Württemberg wichtig und nachhaltig ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Willi Stächele:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Aras das Wort.

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Herrmann macht es sich schon sehr einfach.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Widerspruch bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein, nein!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn man sagt: „Strukturelle Entlastungen des Haushalts“ und im gleichen Zusammenhang das Lebensarbeitszeitkonto anführt – dieses hatte keine rechtliche Grundlage –,

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

dann macht man es sich schon sehr einfach. So einfach ist die Realität nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber es war für den Menschen gedacht!)

Nur ein Satz zur kreditfinanzierten Rücklage. Es wird auch dann nicht richtiger, wenn Sie es zehnmal sagen. Diese Rücklage ist nicht kreditfinanziert. Dazu muss man den Unterschied

zwischen Rücklage und Rückstellung kennen. Eine Rücklage ist nämlich Eigenkapital. Sorry, aber so viel musste sein.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe der Abg. Ingo Rust SPD und Claus Paal CDU)

Herr Kollege Herrmann, Sie haben sich auf die Landeshaushaltsordnung bezogen und temperamentvoll, aber, wie ich finde, nicht überzeugend genug argumentiert, nach § 18 Abs. 3 LHO dürfe bei diesem Nachtragshaushalt keine Kreditaufnahme erfolgen.

Dazu möchte ich zweierlei sagen: Ich weise zunächst darauf hin, dass der noch während Ihrer Regierungszeit vorgelegte Haushalt für die Jahre 2010/2011 eine Nettokreditaufnahme vorsah. Im letzten Doppelhaushalt blieb es – und zwar trotz steigender Steuereinnahmen – bei einer steigenden Verschuldung, sehr geehrte Damen und Herren von der CDU.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aha!)

Sie haben sich in Ihrer Begründung – so jedenfalls der damalige Finanzminister Willi Stächele – auf die Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bezogen

(Zuruf von der CDU)

– ja, so war es –, also auf § 18 Abs. 3 Nr. 2 LHO, der bei „schwerwiegenden Situationen“ eine Nettokreditaufnahme auch bei dann bereits wieder steigenden Steuereinnahmen zulässt.

(Abg. Winfried Mack CDU: 2009! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– In der Tat waren die Steuereinnahmen im Jahr 2010 gegenüber dem Jahr 2009 bereits wieder gestiegen. Dennoch hatten wir eine Verschuldung – auch unter Ihrer Regierung.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Netto nicht, brutto ja! – Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zu den Grünen: Das können Sie nicht unterscheiden!)

– Da verweise ich auf die FDP. Sie kennt den Unterschied zwischen netto und brutto besser.

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, ich darf und muss heute an Ihre Argumentationen im Jahr 2010 erinnern. Denn die Auswirkungen der Finanzkrise spüren wir noch immer. Die voraussichtlichen Steuereinnahmen im Jahr 2011 liegen mit gut 26 Milliarden € noch immer um 1 Milliarde € unter denen des Jahres 2008.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das behauptet nicht einmal der Finanzminister!)

– Das sind Zahlen, die Sie gern nachlesen können. Wenn Sie sie nicht dabei haben, kann ich sie Ihnen nachher gern geben.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Erinnern wir uns: Im Jahr 2008 hatten wir keine Neuverschuldung – Nettokreditaufnahme null –, aber, wie gesagt,

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

(*Muhterem Aras*)

mit um 1 Milliarde € höheren Steuereinnahmen im Haushalt. Folgt man dieser Logik, müsste die Neuverschuldung heute bei 1 Milliarde € liegen. So hoch ist sie aber nicht. Sie liegt „nur“ bei 560 Millionen €.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Winfried Mack und Karl Zimmermann CDU)

Verglichen mit dem Haushalt des glorreichen Jahres der Nullneuverschuldung ist dieser Haushalt deutlich sparsamer – selbst rein fiskalisch gesehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Diese Form einer Rechnung!)

Ich will auf einen weiteren Aspekt hinweisen. Lesen Sie bitte § 18 Abs. 3 LHO genau. Darin ist nicht von der Kreditermächtigung – das ist nämlich etwas ganz anderes –, sondern von der Kreditaufnahme die Rede. Genau genommen trifft § 18 Abs. 3 eine Aussage zum Haushaltsvollzug, zum Haushaltsist, nicht aber zum Haushaltssoll, zum Haushaltsplan.

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu CDU und FDP/DVP: Alles klar? – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Schmiedel versteht nur Bahnhof!)

Beim Haushaltsvollzug gilt das, was der Finanzminister für die Landesregierung schon mehrfach gesagt hat: Steuermehreinnahmen über das im Haushalt nach Maßgabe der Steuerschätzung veranschlagte Volumen hinaus kommen der Absenkung der Kreditaufnahme zugute.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Daher, Herr Kollege Rülke, brauchen wir keine Absenkung der Kreditermächtigung, wie Sie dies in Ihrem vorliegenden Änderungsantrag Drucksache 15/347-1 wollen. Diese Regierung wird die tatsächliche Kreditaufnahme absenken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Denn darum geht es unter dem Strich. Es geht um die Absenkung der tatsächlichen Kreditaufnahme, nicht um Planzahlen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum stimmen Sie dann nicht zu? – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Das sage ich Ihnen gleich. Sie müssen nur genau zuhören, Herr Kollege Hauk.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ich höre die ganze Zeit zu!)

Es geht um den Vollzug, nicht um die Ermächtigung. Für die Absenkung der Kreditermächtigung haben wir kein – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann können Sie ja zustimmen!)

Die krisenhafte Situation in den USA und der Eurozone lässt das heute garantiert nicht zu. Wir werden sehen, was am Ende des Jahres herauskommt.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Ich habe es bereits bei der Ersten Beratung gesagt und sage es jetzt noch einmal: Meine Fraktion wird darauf achten, dass neue finanzielle Spielräume, die sich im Laufe des Jahres noch ergeben, zur Absenkung der tatsächlichen Kreditaufnahme genutzt werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es!)

Dazu sage ich noch einmal sehr deutlich: Meine Fraktion steht zur Einhaltung der Schuldenbremse nach dem Grundgesetz.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber erst in zehn Jahren!)

Wir können, wenn wir dafür einen ausreichenden Konsens finden, dies auch gern in die Verfassung schreiben. Dies unterstütze ich sofort. Herr Ministerpräsident Kretschmann ist – so kann man wohl sagen – zusammen mit Herrn Drexler und Herrn Oettinger ja einer der Väter der grundgesetzlichen Schuldenbremse.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nur, solange er sie nicht einzuhalten braucht! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Nur darf man bei der ganzen Diskussion eines nicht vergessen: Es waren CDU und FDP/DVP, die in ihrer Regierungszeit dem Land rund 45 Milliarden € Schulden aufgebürdet haben. Das war Schwarz-Gelb und niemand anders.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus! – Abg. Peter Hauk CDU: Wir kramen einmal die Anträge der Grünen aus dieser Zeit heraus! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Willi Stächele:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Kollegin?

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Am Ende meiner Rede, bitte.

**Präsident Willi Stächele:** Am Ende der Rede, Herr Kollege Kößler.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** So sehe ich es. Sie können es gern anders machen.

Zu diesen im Haushalt ausgewiesenen Schulden kommen die Vermögensschulden. Dazu kommt also, dass das Landesvermögen – Hochschulen, Verwaltungsgebäude, Straßenunterhaltung und dergleichen – zum Ende Ihrer Regierungszeit, verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP, Sanierungsrückstände in Milliardenhöhe aufweist.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nichts als die Wahrheit!)

Deshalb setzen wir heute in diesem Nachtrag 560 Millionen € für Sofortmaßnahmen und für eine zweckgebundene Sanierungsrücklage ein. Gäbe es diesen Sanierungsrückstau nicht, müssten wir das nicht tun; die Neuverschuldung wäre sofort null. Zufälligerweise stimmen sogar die Zahlen überein.

(Muhterem Aras)

Wir machen es anders. Die neue Leitlinie heißt Nachhaltigkeit. Der erste Schritt dazu wird sein, die Versäumnisse und Rückstände der vorherigen Regierung aufzuarbeiten. In Zahlen heißt dies, dass wir als Sofortmaßnahme 55 Millionen € für die dringend notwendige Sanierung von Krankenhäusern und der Zentren für Psychiatrie bereitstellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das heißt weiter, dass wir sofort, im Jahr 2011, über 60 Millionen € für Sanierungen von Hochschulgebäuden im Haushalt vorsehen.

Wir können in diesem Land doch nicht ernsthaft über Bildung und Wettbewerbsfähigkeit reden und gleichzeitig viele Hochschulgebäude herunterkommen lassen. Hier stehen wir in einer Verantwortung gegenüber der jungen Generation.

(Abg. Winfried Mack CDU: Aber Sie haben doch gerade gesagt, der Haushalt dürfe gar nicht vollzogen werden!)

Mit den jetzt im Nachtrag beschlossenen Maßnahmen wird diese Politik der Nachhaltigkeit, der Substanzerhaltung und der Substanzverbesserung nicht aufhören, sondern sie wird weitergehen. Im nächsten Jahr werden wir etwa die bauliche Sanierung der überbetrieblichen Berufsbildungszentren in Angriff nehmen – auch ein Thema, das die Vorgängerregierung aufgeschoben hatte.

Dadurch steht über die jetzt konkretisierten Maßnahmen hinaus für 2012 eine zweckgebundene Sanierungsrücklage von über 400 Millionen € bereit. Dieses Geld legen wir auf die Seite. Dieses Geld aus den Steuermehreinnahmen des Jahres 2011, also nicht kreditfinanziert, geben wir nicht aus, sondern wir nutzen es für die Investitionen der kommenden Jahre, Investitionen in die Infrastruktur von Gesundheit, Bildung und Mobilität.

Was die spannende Frage der im Zusammenhang mit der Regierungsneubildung neu geschaffenen Stellen betrifft, so haben wir im Finanz- und Wirtschaftsausschuss ausführlich darüber diskutiert, welches der notwendige Umfang von neuen Stellen ist, die eine neue Regierung braucht, um starten zu können. Was diese Frage betrifft, will ich der CDU einen gewissen Realismus attestieren, weil sie jetzt immerhin einen gewissen Stellenbedarf für die Regierungsneubildung anerkennt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Einen ausreichenden Stellenbedarf!)

Anders die FDP-Fundis: Sie wollen der neuen Regierung überhaupt keinen Handlungsspielraum zubilligen.

Was die weiteren Anträge der CDU-Fraktion zu den Themen Unwetterhilfe, Straßenbau und Polizeistellen betrifft, so muss ich mich schon sehr wundern, dass Sie diese Anträge hier erneut einbringen. Zu jedem einzelnen Antrag haben die Fachministerien, wie ich finde, im Finanz- und Wirtschaftsausschuss überzeugend erläutert, dass die im Nachtrag vorgesehenen und veranschlagten Mittel ausreichen.

Das sind aber offenbar Anträge, die auf Kosten des Haushalts der Öffentlichkeitsarbeit der CDU dienen sollen. Eine andere Erklärung finde ich nicht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dann sollte man halt ein bisschen nachdenken!)

Nehmen wir z. B. Ihren Antrag zum Thema Unwetterhilfen. Hierzu sagt uns das Ministerium, 7 Millionen € seien nach den bisherigen Erfahrungen ausreichend.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ohne Hagel!)

Die CDU-Fraktion will trotzdem 3 Millionen € mehr.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wegen Hagel!)

Ich frage mich: Kann die CDU die Wetterereignisse schon Monate im Voraus so vorhersagen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! Die sind schon eingetreten!)

dass sie schon jetzt erhöhte Schadenssummen errechnen kann?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Am Bauzaun hat man nicht so viel davon mitbekommen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, offenbar haben Sie jetzt als neue pragmatische, programmatische – – Sorry.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt noch einmal! Ganz langsam!)

– Ganz ruhig, ganz ruhig! Ich lasse mich nicht drausbringen.

Noch einmal: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, offenbar haben Sie jetzt als neue programmatische Perspektive die Wettervorhersage entdeckt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe: Ah! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war ein Witzle! – Zuruf: Witz, komm raus!)

Aber, meine Damen und Herren, dieser Haushalt markiert einen Aufbruch zu mehr Zukunftsverantwortung, verbunden mit dem verbindlichen Ziel, die Schuldenbremse des Grundgesetzes zu erreichen.

(Glocke des Präsidenten)

Er ist ein erster Schritt. Er ist der Beginn und der Einstieg in eine nachhaltige Finanzpolitik in Baden-Württemberg. Meine Fraktion wird daher dem Nachtragshaushalt zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Das überrascht nicht!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es gab noch eine Frage von Herrn Abg. Kößler.

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Frau Aras, ich habe ein Problem mit der Haushaltswahrheit, der Haushaltsklarheit und der Haushaltsehrlichkeit.

(Unruhe bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Sie hätten jederzeit 1 Milliarde € Mehreinnahmen dazu benutzen können, zusätzliche Stellen auszuweisen, und hätten

(Joachim Kößler)

gleichzeitig die vorgesehenen 800 Millionen € Schulden unterlassen können. Ich habe den Verdacht, Sie wollen sich nur einen Puffer für die nächsten Jahre schaffen.

Es stimmt natürlich: Liquiditätsmäßig nehmen Sie keine neuen Schulden auf. Aber warum gibt es dieses ganze Konzert an – so hätte ich beinahe gesagt – „Verschleierungen und Tricks“? Es geht meines Erachtens nur darum, den ganzen Zirkus mit den Altlasten noch einmal darzulegen – –

(Zurufe von der SPD: Frage! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege, ich habe Ihnen nicht das Wort zu einer Kurzintervention, sondern zu einer Zwischenfrage erteilt. Sie müssen eine Frage stellen. Es ist nicht zulässig, diese Frage zu kommentieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Eine ganz einfache Frage: Warum führen Sie die Schulden nicht in diesem Jahr zurück, und warum bleiben Sie nicht beim Grundsatz der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit?

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abg. Muhterem Aras** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Kollege, erstens habe ich mich schon in der Ersten Beratung dazu geäußert. Zweitens hat sich im Finanz- und Wirtschaftsausschuss auch die Regierung dazu geäußert. Es geht nicht nur um die Verschuldung. Ich habe bereits das letzte Mal gesagt: Die Bilanz hat zwei Seiten. Die von Ihnen gestellte Vorgängerregierung hat den fatalen Fehler begangen, nur die Schulden im Blick zu haben, die tatsächlich aufgenommen worden sind. Die Aktivseite der Bilanz hingegen hat sie völlig vernachlässigt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Entschuldigung, wir leben aber erst einmal im kameralistischen System!)

Wir gehen dazu über, dass wir auch sanieren möchten. Vermögenserhalt, Substanzerhalt ist auch Vermögensmehrung und Schuldenabbau.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber Sie verschulden sich!)

– Wir verschulden uns nicht. Es geht um eine zweckgebundene Sanierungsrücklage. Wenn Sie Vermögen herunterkommen lassen, weil Sie erst später sanieren wollen, wissen Sie: Aus einem kleinen Loch kann ein solcher Schaden entstehen, dass später womöglich das ganze Dach saniert werden muss. Das ist ein Beispiel.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aufgeschobene Sanierungen waren bisher immer sehr viel teurer.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, ja!)

Deswegen macht es der private Häuslebauer oft sehr viel besser als die öffentliche Hand.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Abgeordnete, lassen Sie eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Kößler zu?

**Abg. Muhterem Aras** GRÜNE: Bitte.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Kößler.

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Wir sind noch immer bei den Haushaltsgrundsätzen; wir sind nicht bei der kaufmännischen Buchhaltung, und wir sind auch nicht beim kaufmännischen Betrieb. Wir sind im Augenblick im Grunde noch bei den Haushaltsgrundsätzen.

(Zurufe von der SPD: Frage!)

Wie stehen Sie im Vergleich zu dem, was Sie im Grunde jetzt machen?

Wir sind noch immer bei der Haushaltsordnung, und ich hätte gern gewusst, wie Sie die Rückstellungen begründen.

(Unruhe bei den Grünen)

**Abg. Muhterem Aras** GRÜNE: Wir bilden keine Rückstellung, sondern eine Rücklage. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied, Entschuldigung. Die Ausführungen dazu habe ich gemacht. Es geht darum, dass wir unser Vermögen erhalten. Auch das ist Schuldenabbau. Im Kassensturz und in der Regierungserklärung ist ausführlich dargelegt worden, dass wir einen massiven Sanierungsstau haben. Auch das sind Schulden, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Maier das Wort.

**Abg. Klaus Maier** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben den Vierten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan im Finanz- und Wirtschaftsausschuss intensiv beraten, und mir ist angenehm aufgefallen, dass dort eine sehr sachliche und gute Arbeitsatmosphäre geherrscht hat. Der Pulverdampf hier im Plenarsaal ist weitaus dichter. Wir hatten in diesem Ausschuss bei einigen Titeln Konsens, vielen Kapiteln wurde zugestimmt, wir haben auch mit breiter Zustimmung über die k.w.-Vermerke beraten und beschlossen. Ich habe mich sehr gefreut, dass z. B. die Krankheitsvertretung der Lehrer, die diese Regierung angehen will, gemeinsam beschlossen worden ist.

Es gab auch einen Dissens, natürlich über die Personalstellen ohne k.w.-Vermerk, über die Nettoneuverschuldung und über die Rücklage. Insgesamt habe ich aber den Eindruck, dass bei diesem Vierten Nachtragshaushalt 2011 nicht alles so schlecht ist, wie es sich hier manchmal anhört.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der CDU: Der Eindruck täuscht!)

Wir sollten uns immer vergegenwärtigen, dass wir mit dem vorliegenden Vierten Nachtrag auf einem bestehenden Haushalt 2011 und seinen drei Nachträgen aufbauen. Zweck ist, die Steuermehreinnahmen zu dokumentieren; Zweck ist ferner, zwangsläufige Ausgaben zu veranschlagen, und wir ver-

(Klaus Maier)

ringern die Nettokreditaufnahme. Das ist ganz wichtig, und das muss auch so gesagt werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Wir verringern gegenüber dem Dritten Nachtrag die Nettokreditaufnahme, und wir bringen etwas Neues – das sorgt jetzt natürlich für Aufregung –: Der Sanierungsstau soll abgebaut werden. Das ist neue Politik. Das machen wir mit einer Rücklage, mittelfristig und auch auf lange Sicht angelegt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU:  
Ach was!)

Im Nachtrag sind erste Aussagen der neuen Regierung dokumentiert: Krankheitsvertretung im Lehrerbereich, Strukturverbesserung bei der Steuerverwaltung, Umwelt-, Energie-, Klimaschutz, Polizei, Naturschutz, vor allem auch Innovations- und Technologietransfer. Ferner ist ganz wichtig: Wir verbessern die Krankenhausfinanzierung deutlich.

Bei den Personalausgaben hat es großen Streit gegeben; wir haben es gerade wieder gehört. Die Personalausgaben wurden von den Ministerien ausführlich erläutert, der Personalbedarf wurde dargelegt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ausgeweitet!)

und wir haben diesem Personalbedarf zugestimmt. Wir haben eine Bremse: Das ist der k.w.-Vermerk. Wir waren uns einig, dass diese Bremse gilt.

Ich darf noch einen Hinweis zu den Personalausgaben geben: Der Finanzminister hat laut Kabinettsbeschluss den Auftrag, mit dem Haushalt 2012 ein Stellenabbauprogramm für die Stellen, die keinen k.w.-Vermerk haben, vorzulegen. Wir arbeiten also an diesem Problem und versuchen, die Sparpotenziale auszuschöpfen.

Ein großer Schritt – das zeigt dieser Nachtrag; das ist der wichtigste Kern dieses Nachtrags – ist die Sanierung des Landesvermögens. Wir geben über 150 Millionen € dafür aus, wir investieren sie in ein Behördenbauprogramm, wir investieren sie in Wissenschaftseinrichtungen, in Schulen, in Bildung und verbessern damit die Vermögenssituation des Landes. Diese Investitionen sind als Schwerpunkt zu verstehen.

Wir hatten intensiv über eine ganze Reihe von Anträgen diskutiert, und zwar auch über Anträge, denen man große Sympathie entgegenbringen kann, z. B. zu den betrieblichen Ausbildungszentren. Wir möchten aber hier nicht mit der Gießkanne vorgehen. Das ist nur ein Nachtrag, und Ziel dieses Nachtrags ist es, Schwerpunkte zu setzen, nicht den ganzen Haushalt anders zu gestalten. Dieser Aufgaben nehmen wir uns 2012 mit dem regulären Haushalt an.

Sanieren, Nettokreditaufnahme vermindern – das sind die großen Aufgaben. Hier stellt sich die Frage nach der Wirtschaftlichkeit. Sie wurde von der Opposition verneint. Ich sage einfach: Wenn wir uns zeitnah und rechtzeitig um unser Landesvermögen kümmern, rechtzeitig reparieren, dann ist das das größte Sparprogramm, das wir auflegen können.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Mit diesen Sanierungen können wir auch die Betriebskosten senken.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Wir werden energetische Sanierungen betreiben und dadurch große Vorteile bei den laufenden Kosten erhalten. Auch das ist ein gutes, wichtiges Sparprogramm.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Durch die Verringerung der Nettokreditaufnahme wird die Zinslast gesenkt. Wir können liquide Mittel aus den Steuermehreinnahmen zur Altlastentilgung, zur Altschuldentilgung einsetzen und damit auch die Haushaltssituation verbessern.

Der nächste Punkt, der angezweifelt wird, ist die Frage der Rechtmäßigkeit des Vierten Nachtragshaushalts. Wir bewegen uns dabei in einem Spannungsfeld und müssen fragen: Wie weit senken wir die Nettokreditaufnahme? Ist eine Rücklage zulässig? Schulden, meine Damen und Herren, sind eine Last für die Zukunft. Das sehen wir alle in diesem Haus so.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum machen Sie sie dann?)

Aber der Vermögensverzehr ist eine ebenso große Last für die Zukunft. Auch diesem Thema müssen wir uns widmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus!)

Als politisch Verantwortliche müssen wir beide Problemfelder ernst nehmen; wir müssen Lösungen suchen und diese in die Tat umsetzen. Mit den Steuermehreinnahmen haben wir einen Spielraum bekommen, der uns hilft, die Arbeit für beide Lösungsansätze in Angriff zu nehmen, nämlich die Rückführung der Nettokreditaufnahme und den Abbau des Sanierungsstaus.

Meine Damen und Herren, uns als politisch Verantwortlichen darf dieser Handlungsspielraum nicht genommen werden. Wir können uns nicht die Möglichkeit verbauen lassen, hier richtige Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.

Ich zitiere aus der Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/6223. Der verehrte Kollege Herr Stächele ließ mitteilen:

*Schuldenbegrenzungsregeln dürfen die Handlungsfähigkeit des Haushaltsgesetzgebers nicht über die Maßen einschränken.*

(Oh-Rufe von der SPD – Wo ist er denn, der Herr Stächele?)

Da sind wir uns also einig.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sagte die Exekutive!)

Das Zweite ist die Rechtmäßigkeit im Lichte der Landeshaushaltsordnung. Die Landeshaushaltsordnung enthält verschiedene Regelungen; wir haben schon ausführlich davon gehört. Ich zitiere in diesem Zusammenhang wiederum aus der Drucksache 14/6223:

(Klaus Maier)

*Für die aktuelle Haushaltssituation gilt somit: Zwar greift die Regelung nach § 18 Abs. 3 Nr. 1 LHO nur im Jahr 2010; eine Nettokreditaufnahme ist jedoch gemäß § 18 Abs. 3 Nr. 2 LHO zur Bewältigung der Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auch in den Jahren 2011, 2012 und 2013 zulässig.*

Das sagte der damalige Finanzminister Stächele.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ingo Rust SPD: Aha! Na so was! – Zuruf von der SPD: Sehr gutes Zitat!)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie es uns ab: Wir sind bemüht, diese Nettokreditaufnahme in den Griff zu bekommen. Die eingebrachte Vorlage eines Nachtragshaushalts ist ein erster Schritt. Wir sind bemüht, und deshalb brauchen wir auch den Spielraum, die bestehenden riesigen Deckungslücken für das Jahr 2012 und die folgenden Jahre, die in der Finanzplanung sichtbar werden, zu schließen, und zwar vorsichtig und nachhaltig, so, wie es ein guter Kaufmann macht. Ich werbe daher um Zustimmung zu diesem Vierten Nachtragshaushalt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist, glaube ich, in diesem Haus unstrittig, dass die Vorgängerregierung davon ausging, im Jahr 2011 810 Millionen € neue Schulden zu machen. Dass Sie jetzt „nur noch“ 560 Millionen € neue Schulden machen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist eine Leistung!)

ist, Herr Schmiedel, etwas, was Sie uns bereits seit Wochen als große Leistung der neuen Koalition und vielleicht sogar auch noch als Sparanstrengung zu verkaufen versuchen, in der Hoffnung, dass die Menschen draußen mit einem nicht allzu hohen Intelligenzquotienten gesegnet sein mögen. Das ist die Hoffnung, die Sie in diesem Zusammenhang hegen.

Es ist jedoch nicht abzustreiten, dass der Nettobetrag von 1 Milliarde € an Steuermehreinnahmen, die Ihnen die Mai-Steuerschätzung in die Kassen gespült hat, eben kein Sparbeitrag ist. Wahrscheinlich werden nicht einmal Sie für Ihre eigene Wirtschaftspolitik vorausschauend in Anspruch nehmen, dass wir diese Steuermehreinnahmen hatten.

Meine Damen und Herren, es ist doch klar erkennbar: Wenn man ausgehend von 810 Millionen € neuen Schulden 1 008 Millionen € Steuermehreinnahmen hat, kann man die Nullneuerschuldung schaffen und hat noch immer 200 Millionen € zur Verfügung, um, wie der Finanzminister formuliert hat, Duftmarken zu setzen. Das machen Sie aber nicht. Sie bleiben bei einer Neuverschuldung von 560 Millionen €, um eben 560 Millionen € für Ihre Rücklage zu haben.

Frau Aras, an dieser Stelle haben Sie schon einen etwas eigentümlichen Eigenkapitalbegriff, wenn Sie davon ausgehen,

dass man 560 Millionen € Schulden als Eigenkapital betrachten kann.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das sind keine Rücklagen! Das gehört zum Eigenkapital!)

Es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen in diesem Nachtragshaushalt, die durchaus nachvollziehbar sind. An der einen oder anderen Stelle haben wir Änderungsanträge eingebracht, die zu moderaten Mehrausgaben geführt haben. Wir haben allerdings an jeder Stelle auch deutlich gemacht, wie wir diese Mehrausgaben gegenfinanzieren würden. Herr Kollege Herrmann war noch etwas großzügiger als wir. Beispielsweise wollte die CDU-Fraktion 3 Millionen € mehr an Unwetterhilfen für die Landwirtschaft, wir wollten nur 2 Millionen € mehr. Ich meine, Ihnen hätte schon gut angestanden, wenn Sie bei diesen Änderungsanträgen mitgegangen wären.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die hat doch der Kollege Bullinger im Ausschuss selbst zurückgezogen!)

– Darüber, was Kollege Bullinger zurückgezogen hat oder nicht, kann bei Gelegenheit vielleicht Kollege Bullinger sprechen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Im Ausschuss!)

Jedenfalls war es nicht meine Fraktion.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sprechen Sie nicht mehr miteinander? Bei sieben Leuten sollte das möglich sein! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

Auch die CDU-Fraktion ist überzeugt, dass diese Unwetterhilfen durchaus sinnvoll sind. Ich finde es schon bemerkenswert, mit welcher Verbitterung Sie gegen die Landwirtschaft streiten

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

und wie es Sie offensichtlich ärgert, wenn man etwas für die Landwirtschaft tun möchte.

Dasselbe gilt für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Wir haben beantragt, 500 000 € mehr für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten in den Nachtragshaushalt einzustellen. Wenn ich es richtig weiß, ist das der Wille des Handwerks, der auch in ihre Fraktionen hineingetragen worden ist. Das Ganze wurde im Finanzausschuss abgelehnt. Man muss den Interessenvertretungen des Handwerks deutlich sagen, dass die neue Regierungsmehrheit nicht bereit ist, etwas für das Handwerk und für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten zu tun.

(Oh-Rufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Dr. Rülke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rösler?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Jawohl.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dr. Markus Rösler** GRÜNE: Herr Kollege Rülke, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der erste Termin, den der Herr Landwirtschaftsminister überhaupt wahrgenommen hat, genau zu dem von Ihnen vorher erwähnten Thema war und dass er u. a. auch deswegen den nennenswerten Betrag von 7 Millionen € eingesetzt hat, der nach allem, was wir wissen – dem haben Sie auch im Agrarausschuss im Grundsatz nicht widersprochen –, ausreicht, um diese Schäden in einem angemessenen Maß auszugleichen?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Kollege Rösler, es mag sein, dass der Minister der Auffassung ist, dass dieser Betrag angemessen sei. Wir sind der Auffassung, dass ein höherer Betrag angemessen ist.

(Zurufe von der SPD: Warum? – Sind Sie die Fachexperten? – Begründung! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es hat gehagelt!)

– Im Übrigen hat es in der Zwischenzeit gehagelt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Da gibt es Hagelversicherungen! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nein!)

– Wir nehmen zur Kenntnis: Der SPD-Fraktionsvorsitzende stellt fest, dass wir keine Mittel aus dem Haushalt für Hagel-schäden in der Landwirtschaft brauchen; dafür gibt es Hagel-versicherungen. Wir werden das den Bauern ausrichten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das wissen sie schon selbst! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

Jetzt zur Landeshaushaltsordnung, meine Damen und Herren. Herr Kollege Herrmann hat völlig zu Recht ausgeführt: Dieser Nachtragshaushalt verstößt eindeutig und eklatant gegen die Landeshaushaltsordnung. Der Finanzminister hat im Ausschuss selbst zugegeben, dass nicht feststellbar ist, dass die Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 1 % geringer sind, und musste deshalb zur Hilfskonstruktion mit dem Jahr 2008 Zuflucht nehmen. Der Rechnungshof hat in der Finanzausschusssitzung deutlich gemacht: Wenn man im Jahr 2011 über das Vorjahr redet, ist nicht das Jahr 2008 gemeint, sondern das Jahr 2010.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Wenn Sie hier an dieser Stelle wort- und trickreich die Finanzkrise ins Spiel bringen, dann darf ich Sie daran erinnern, dass Ihnen der Rechnungshof in der Finanzausschusssitzung deutlich gesagt hat, es sei nun wirklich ziemlich schwierig, die Entwicklung der Steuermehreinnahmen der Jahre 2010 und 2011 noch immer im Zusammenhang mit der Finanzkrise zu sehen. Wenn Sie sich also die Haushaltsentwicklung anschauen, meine Damen und Herren, können Sie mit Sicherheit nicht so argumentieren. Vielmehr beginnen Sie Ihr Regierungshandeln mit einem Rechtsbruch; das ist an dieser Stelle ganz eindeutig festzuhalten, meine Damen und Herren –

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

es sei denn, Sie argumentieren mit der anderen Möglichkeit, die in der Landeshaushaltsordnung noch vorgesehen ist, näm-

lich der Möglichkeit, sich auf eine Naturkatastrophe zu berufen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Aber ich glaube, Naturkatastrophen sind nicht absehbar, es sei denn, Sie sehen den 27. März dieses Jahres als eine Naturkatastrophe an.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Die einzige Katastrophe ist Ihr Beitrag! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich darf daran erinnern, dass Herr Ministerpräsident Kretschmann in der Vergangenheit, als er noch in der Opposition war, immer gefordert hat, die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung sollten doch bitte Verfassungsrang erhalten. Ich nehme an, Herr Ministerpräsident, Sie erinnern sich an die Forderungen: Diese Bestimmungen sollten nach Möglichkeit Verfassungsrang erhalten. Das betrifft beispielsweise auch die Frage, wie die Neuverschuldung zu tilgen ist. Dazu darf ich darauf hinweisen, dass in der Landeshaushaltsordnung vorgesehen ist, einen Tilgungsplan vorzulegen, sodass Schulden, die über diesen Deckel von 41,7 Milliarden € hinausgehen, spätestens in sieben Jahren zu tilgen sind. Meine Damen und Herren von der neuen Landesregierung, wenn Sie das, was Sie bisher über Ihre Haushaltspolitik verlautbaren, umsetzen, dann geht das gar nicht. Wie wollen Sie denn in den nächsten sieben Jahren die Neuschulden tilgen, wenn Sie erst im Jahr 2020 wieder zur Nullneverschuldung kommen möchten? Das sollten Sie an dieser Stelle vielleicht auch einmal deutlich machen.

Aber der Finanzminister hat ja schon in der Finanzausschusssitzung gesagt, dass er von der Landeshaushaltsordnung eigentlich nicht so viel halte, dass er einen gewissen Widerspruch zur Verfassung sehe und sich infolgedessen nicht an die Landeshaushaltsordnung zu halten brauche.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Ingo Rust SPD: Das hat er sicher nicht gesagt! Das ist eine Lüge! Das ist eine bössartige Lüge! – Abg. Bärli Mielich GRÜNE: Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Man sollte vielleicht in der grün-roten Landesregierung auch einmal darüber diskutieren, ob das gilt, was der Ministerpräsident früher gesagt hat, nämlich dass die Landeshaushaltsordnung eigentlich Verfassungsrang einnehmen müsste, oder ob das gilt, was der Finanzminister im Finanzausschuss gesagt hat, nämlich dass er die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung als nicht einleuchtend betrachte.

Schauen wir uns einmal die Stellenpläne der neuen Landesregierung an – Kollege Herrmann hat es angesprochen – und stellen uns die Frage, wo man sparen könnte. Man kann darüber streiten, ob es nur für die k.w.-Stellen oder auch die sonstigen Stellen gelten sollte. Es gibt ja das Versprechen, diese Stellen im künftigen Haushalt wieder abzubauen. Diese Versprechen sind interessant. Es wird an allen Ecken und Enden vom Sparen geredet und das Sparen angekündigt. Wenn es aber konkret wird, heißt es immer: „in der Zukunft“. Herr Sti-



(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

ckelberger hat vorhin auch gesagt: „Wir werden das aus dem eigenen Ressort heraus leisten.“

(Abg. Thomas Blenke CDU: Da sind wir einmal gespannt!)

Das heißt, das, was wir auf der einen Seite ausgeben, sparen wir auf der anderen Seite wieder ein. Aber es wird nie konkret aufgezeigt, wo genau dies geschehen soll.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wir sind schon einmal gespannt, ob im künftigen Haushalt von einem Stellenabbauprogramm oder von einem konkreten Betrag die Rede ist. Einstweilen werden jedenfalls nur Stellen aufgebaut, und zwar in bemerkenswerter Größenordnung. Wenn man sich beispielsweise einmal den Stellenplan des Integrationsministeriums mit 44 Stellen, darunter ein Amtsleiter und drei Abteilungsleiter mit einer Stellenwertigkeit von B 6, anschaut,

(Zuruf von der CDU: Unglaublich! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was tun die eigentlich?)

dann kann man sich ausrechnen, dass jeder dieser B-6-Beamten etwa zehn Mitarbeiter führt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die führen sich selbst!)

Frau Öney, Sie kommen aus Berlin. In Berlin ist momentan das Amt des Polizeipräsidenten neu zu besetzen. Ihre sozialdemokratischen Parteifreunde sind daran gescheitert, weil sich der Innensenator offensichtlich nicht so ganz mit dem Landesrecht auskannte. Jetzt sucht man weiter.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Mein Gott! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Seine Stellenbesetzung wurde ihm um die Ohren gehauen. Das können Sie nicht bestreiten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Kommen wir wieder nach Baden-Württemberg!)

Aber das ist auch nicht das Entscheidende, sondern das Entscheidende ist: Sie brauchen drei B-6-Stellen, von denen jeder Stelleninhaber dann zehn Mitarbeiter führt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ein Referatsleiter ist das!)

Der Polizeipräsident in Berlin – das ist auch eine B-6-Stelle – hat 16 000 Vollzugsbeamte und 5 000 Verwaltungsbeamte zu führen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Das sind die Verhältnisse, unter denen im Land Baden-Württemberg Geld ausgegeben wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: So viele Polizisten hätten wir auch gern in Baden-Württemberg! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Aber nicht die Berliner Verhältnisse, Herr Kollege Schmiedel!)

Auf Ihre Rücklage von 560 Millionen € – Herr Kollege Kößler hat es in seiner Zwischenfrage deutlich gemacht – sollte man zugunsten der Absenkung der Kreditaufnahme verzichten. Weder das Prinzip der Haushaltsklarheit noch das der Transparenz, noch das der Jährlichkeit wird durch das, was Sie an dieser Stelle tun, eingehalten.

Den Anträgen der CDU-Fraktion können wir im Wesentlichen zustimmen. Sie gehen in eine Richtung vergleichbar mit der, die wir für richtig halten. Unser Zusatzantrag zu § 6 des Staatshaushaltsgesetzes sieht für die Zukunft eine 80-%-Bindung des Nettosteuer Mehraufkommens zur Verringerung der Kreditaufnahme vor. Frau Aras, wenn ich Sie richtig verstanden habe, müssten Sie zumindest dem zustimmen; denn Sie haben angekündigt, wenn jetzt noch weitere Steuermehreinnahmen kommen, dann würden sie auf jeden Fall so verwendet,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Lesen Sie Ihren Antrag einmal genau! Das war eine Ermächtigung!)

dass auf eine Neuverschuldung verzichtet wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid das Wort.

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Ausschussberatung und auch in der heutigen Debatte ist noch einmal deutlich geworden, dass Konsolidierung, Nachhaltigkeit und generationenübergreifende Gerechtigkeit eine Haushaltswirtschaft erfordern, die nicht nur eindimensional auf die Kreditaufnahme abstellt. Vielmehr haben wir ein Dreieck von Sanieren, Investieren und Konsolidieren, und genau dieses Dreieck setzt die Landesregierung im Nachtragshaushalt um.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die alleinige Konzentration auf die Nullneuverschuldung unter Inkaufnahme des Werteverzehrs bei Vermögenswerten des Landes ist weder nachhaltig noch generationengerecht. Wir haben hier eine grundsätzlich andere Entscheidung getroffen, die dazu führen wird, dass wir den Landeshaushalt endlich nachhaltig konsolidieren können.

Wir haben beim Kassensturz deutlich gemacht, dass wir eine jahrzehntelange verdeckte Mängelwirtschaft vorgefunden haben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Versucht! Gelungen ist es Ihnen nicht!)

Wir haben Ihnen nachgewiesen, dass Sie über Jahrzehnte hinweg die vermeintliche Konsolidierung zulasten der Vermögenssubstanz, zulasten unserer Hochschulen, zulasten unserer Landesstraßen betrieben haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das war ein Beifall!)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Wir werden mit dem Nachtragshaushalt deutlich machen, dass uns beides wichtig ist: der Abbau der offenen Verschuldung ebenso wie der Abbau der verdeckten Verschuldung. Wir gehen mit der Sanierungsrücklage gegen den Werteverzehr unseres Landesvermögens an, und gleichzeitig senken wir die Nettokreditaufnahme um 250 Millionen €. Beides gehört zusammen.

Es ist bezeichnend, dass Sie jetzt in der zweiten Runde hier im Plenum kein Wort mehr über das Sanierungsprogramm verloren haben. In der Sache können Sie uns nicht widersprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren von CDU und FDP/DVP. Es sind Ihre eigenen Wahlkreisabgeordneten, die das Finanzministerium mit Briefen eindecken, man möge doch das Polizeirevier, die Hochschulgebäude in ihrem Wahlkreis endlich sanieren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Alles verlottert!)

Frau Gurr-Hirsch, Herr Lusche, ich erwarte, dass Sie zumindest heute diesem Sanierungsprogramm endlich einmal zustimmen, nachdem wir Ihr Begehren erfüllen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Uns ist nichts bekannt! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Kein Polizeirevier! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Habt ihr euch die Briefe selbst geschrieben?)

– Ich darf einen Brief an das Finanzministerium vom 24. September 2009 zitieren,

(Zurufe von der SPD: Aha!)

in dem es heißt, man müsse endlich die Hochschule Heilbronn sanieren, Umbau des Gebäudes B. Wir sanieren, Frau Gurr-Hirsch. Wir machen das.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir machen es! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja schon alt! – Abg. Volker Schebesta CDU: Brutal, wie wir euch eindecken! Ein Brief nach dem anderen in den letzten Tagen! – Unruhe)

Man sieht daran, wie lange es gedauert hat, bis die Landesregierung endlich erkennt, dass wir diesen Sanierungsstau abbauen müssen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: So lange liegt es schon! Aber wir machen es! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister Dr. Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Herrmann?

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Ja.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Herrmann.

**Abg. Klaus Herrmann** CDU: Herr Kollege Dr. Schmid, ich habe vor einigen Jahren dem Finanzminister geschrieben, dass die Pädagogische Hochschule in Ludwigsburg dringend sa-

nierungsbedürftig sei. Zwischen dem Schreiben und der Verwirklichung sind sechs oder sieben Jahre vergangen. Inzwischen wurde sie saniert.

(Zurufe von der SPD)

Wissen Sie, dass es in der Regel einige Jahre dauert, bis solche Anliegen von Wahlkreisabgeordneten umgesetzt werden? Sagen Sie jetzt zu, dass all diese Schreiben der Abgeordneten schneller als nach fünf Jahren beantwortet und erledigt werden?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt Vorsicht, sonst schreiben wir wirklich!)

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Herr Kollege Herrmann, offensichtlich hat der Kassensturz seine pädagogische Wirkung bei Ihnen verfehlt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oberlehrer Schmid!)

Denn wir haben aufgezeigt, dass sich bei uns über viele Jahre ein Sanierungsstau entwickelt hat, weil Sie für die Sanierung zu wenig getan haben. Wir werden diesen Sanierungsstau Stück für Stück abbauen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Also erledigen Sie alles viel schneller? Dann schreiben wir alle Ihnen jetzt!)

– Sie schreiben ja schon seit Jahren. Wir fangen an, diesen Sanierungsstau endlich abzubauen. Das ist der Wille dieser Regierung.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Sie sollen uns dabei unterstützen und im Landtag von Baden-Württemberg nicht dagegen stimmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Nicht schuldenfinanziert!)

Stattdessen führen Sie ein Scheingefecht über die Rechtmäßigkeit des Nachtragshaushalts.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Habe ich es richtig verstanden: Alles, was die Regierung tut, hat pädagogische Wirkung?)

Ich bin ja schon dankbar, dass Sie nicht mehr behaupten, der Nachtrag sei verfassungswidrig. Ich gehe davon aus, dass von Ihren Mutmaßungen am Ende nicht mehr viel übrig bleiben wird. Ich will noch einmal in aller Form festhalten: Dieser Nachtragshaushalt ist rechtskonform und verstößt nicht gegen die Landshaushaltsordnung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Das entscheiden aber nicht Sie! Das kann man behaupten! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das sieht der Rechnungshof anders!)

§ 18 der Landshaushaltsordnung sieht zwei Ausnahmebestimmungen vor, die sich auf die Kreditaufnahme beziehen.

(Minister Dr. Nils Schmid)

Die eine betrifft einen Rückgang der Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr. Das ist nicht der Fall.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ah ja!)

Die zweite Bestimmung betrifft „Naturkatastrophen oder vergleichbar schwerwiegende Situationen“. Dazu enthält die Begründung zum Entwurf des Nachtragshaushalts eine klare Aussage. Nach der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres liegen die Bruttosteuererinnahmen 2011 noch immer um 700 Millionen € unter den Steuereinnahmen des Vorkrisenjahres 2008.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Spitzenwert! Wartet ihr darauf, bis sie wieder steigen?)

Die vorherige Landesregierung hat in ihren Haushaltsgesetzen selbst darauf hingewiesen, dass diese Nachwirkungen dazu führten, dass es noch eine Nettokreditaufnahme gab. Zuletzt wurde dies in der Drucksache 14/6223 erwähnt; Herr Maier hat gerade daraus zitiert.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Der Ehrgeiz des Finanzministers ist nicht zu überbieten, wenn er dies als Grundlage nimmt!)

Sie sollten sich also an die eigenen Verlautbarungen halten und nicht, nur weil Sie die Wahl verloren haben, plötzlich alles über Bord werfen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Da gab es aber noch keine Steuererhöhungen von 1 Milliarde €!)

Weiter darf ich darauf hinweisen: Wenn man die Steuerdeckungsquote heranzieht, kann man die Schleifspuren der Finanzmarktkrise noch immer feststellen. Die Steuerdeckungsquote im Landeshaushalt betrug im Jahr 2008, also vor der Krise, 81,2 %. Im Jahr 2011 nach dem Stand des Vierten Nachtragshaushalts läge diese noch immer deutlich darunter, nämlich nur bei 72 %. Damit ist klar: Die Auswirkungen sind objektiv noch immer feststellbar. Sie sollten sich diesen Tatsachen nicht verschließen.

Das Zweite ist: Sie selbst haben im Dritten Nachtragshaushalt die Nettokreditaufnahme reduziert. Aber Kreditermächtigungen blieben stehen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, klar! Den Betrag reduzieren wir jetzt, weil es Mehreinnahmen gab!)

Zum Zeitpunkt des Dritten Nachtragshaushalts haben Sie noch immer anerkannt, dass die Finanzkrise noch nachwirkt. Übrigens hatten Sie es damals noch nicht einmal für nötig erachtet, zu begründen, weshalb es noch eine Nettokreditaufnahme gab. Wir haben uns immerhin die Mühe gemacht, es zu begründen, Herr Herrmann.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist aber nicht gelungen! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Es gab aber nicht mehr Steuereinnahmen!)

Übrigens hat auch der Rechnungshof in den Beratungen zum Dritten Nachtragshaushalt nicht beanstandet, dass es damals ohne Begründung weiterhin eine Nettokreditaufnahme gab.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber jetzt hat er es beanstandet! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Da war es aber noch korrekt!)

Damit ist klar: Dieser Nachtrag entspricht § 18 der Landeshaushaltsordnung. Deshalb habe ich überhaupt keine Angst vor dieser Diskussion. Sie sollten dann aber nicht so freihändig mit Begriffen wie „Rechtsbruch“ operieren. Diese Regierung steht zur Landeshaushaltsordnung und erfüllt sie voll und ganz.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich will noch etwas zum Thema „Rücklagen und Kreditermächtigung“ sagen.

Das Erste ist: Wir werden eine zweckgebundene Rücklage veranschlagen. Im Jahr 2007 hat die vorherige Landesregierung auch eine Rücklage veranschlagt, aber ohne Zweckbindung. Sie hat damals übrigens die Notwendigkeit der Rücklagenbildung nicht einmal begründet. Wir haben sie begründet. Deshalb sage ich Ihnen: Sie sollten da in der Argumentation etwas vorsichtig sein.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das war keine kreditfinanzierte Rücklage!)

Ich verweise auf das Lukas-Evangelium:

*Oder wie kannst du sagen zu deinem Bruder: Halt stille, Bruder, ich will den Splitter aus deinem Auge ziehen, und du siehst selbst nicht den Balken in deinem Auge? Du Heuchler, zieh zuvor den Balken aus deinem Auge und siehe dann zu, dass du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehest!*

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Um Gottes willen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben einen ganzen Urwald im Auge!)

Gehen Sie davon aus, dass wir an die Ordnungsmäßigkeit unserer Haushaltswirtschaft eine sehr hohe Messlatte anlegen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die haben wir jetzt gesehen!)

Wir werden aber nicht über jedes Stöckchen springen, das uns die neue Opposition hinhält, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Schwacher Beifall! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ojemeine!)

Ich will noch auf einige Punkte hinweisen, weil sie wider besseres Wissen in dieser zweiten Runde noch einmal genannt worden sind. Zur Stellensituation: Wenn Sie jetzt die Aufwandsentschädigung für Frau Staatsrätin Erler kritisieren, dann frage ich mich: Wo war Ihre Kritik damals, als Herr Beyreuther eine ähnlich hohe Aufwandsentschädigung bekommen

(Minister Dr. Nils Schmid)

hat? Er hat sie aus meiner Sicht völlig zu Recht bekommen, weil sie nämlich einen Verdienstausschlag ausgleichen sollte.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herr Beyreuther hatte – wie jetzt Frau Erler – einen etwas höheren Verdienstausschlag als ein Hochschulprofessor. So ist es nun einmal.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Sie sollten dies einfach zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das Zweite ist: Ich wundere mich schon, dass ausgerechnet die CDU kritisiert, dass das Staatsministerium höhere Ausgaben für Repräsentationsverpflichtungen hat. Es geht dabei um Aufwendungen der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Papstbesuch. Der Papst ist herzlich willkommen in Baden-Württemberg; jedenfalls gilt dies für die Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt sind sie schon gegen den Papst! Unglaublich! – Abg. Peter Hauk CDU: Die haben Sie aber separat eingestellt! Das hat damit nichts zu tun, Herr Schmid! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Die sind doch an anderen Stellen verbucht!)

– Herr Hauk, Sie waren leider nicht in der Sitzung des Finanzausschusses.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Da wurde das ausführlich besprochen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ich kann aber den Haushalt lesen!)

Die Aufwendungen für die Sicherheit sind im Bereich des Innenministeriums eingestellt worden. Die Aufwendungen, die mit der Veranstaltungstätigkeit zu tun haben, sind im Bereich des Staatsministeriums veranschlagt worden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau!)

Ich jedenfalls freue mich auf den Papstbesuch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! Unser Papst! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben auch geistlichen Beistand nötig!)

An Ihren wenigen Änderungsanträgen hat man gesehen, dass Sie noch immer Spendierhosen anhaben. Die Spendierhosen, die in Ihrer Regierungszeit dazu geführt haben, dass wir jetzt den Kassensturz machen mussten, haben Sie in der Opposition anbehalten und stellen lauter luftige Änderungsanträge.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje!)

Ich will einmal das Beispiel der Unwetterhilfen für die Landwirtschaft anführen. Mir als Finanzminister ist es nicht leicht gefallen, Herrn Bonde die Hilfe so kurzfristig zuzusagen. Wir haben ganz genau geschaut, welches Volumen erforderlich ist. Jenseits der direkten Finanzhilfen haben wir diese Hilfe um

steuerliche Erleichterungen, Stundungsmöglichkeiten und anderes ergänzt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Erst einmal Steuern zahlen!)

Damit wir das richtig einordnen können, will ich auf Folgendes hinweisen: Die vorherige Landesregierung hat, als am Bodensee ein deutlich massiverer Hagelschaden entstanden ist,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gegen Hagel gebe es Versicherungen, sagt Herr Schmiedel!)

insgesamt gerade einmal 3,6 Millionen € an Unwetterhilfen geleistet.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Am Bodensee! – Abg. Peter Hauk CDU: Das war nur am Bodensee!)

Jetzt sind wir bei einem kleineren Schadensereignis bereit, 7 Millionen € – das Doppelte –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie mögen den Schaden bemessen! Gehen Sie einmal hinaus!)

einzustellen. Wir öffnen die Hilfen sogar noch für kleinere Betriebe, was Sie nicht getan haben. Damit ist klar: Wir sind auf der Seite der von Unwetter betroffenen Betriebe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Er wird mir sicher zustimmen. Ja.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Davon gehen wir aus!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Dr. Bullinger.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Herr Finanzminister, Sie haben gerade zwei Schadensfälle verglichen, die meines Erachtens nicht vergleichbar sind. Ich frage Sie: Ist Ihnen bekannt, dass alle Fraktionen folgendem Abschnitt eines Antrags, der im Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft behandelt wurde, einstimmig zugestimmt haben? Ich darf den betreffenden Abschnitt zitieren:

*... alle erdenklichen Maßnahmen zu ergreifen, um den betroffenen Betrieben schnell, unkompliziert und unbürokratisch zu helfen, insbesondere in den Fällen, in denen eine Existenzgefährdung besteht.*

Es liegt also ein einstimmiger Beschluss vor.

Ich habe damals auf eine Erhöhung verzichtet mit dem Hinweis, nochmals zu recherchieren. Dazwischen lagen die Hagelschäden, die zu den Frostschäden hinzukommen. Deshalb haben wir den Antrag gestellt und ist es gerechtfertigt, eine Erhöhung vorzunehmen. Eine Ablehnung dieses Begehrens ist nicht gerechtfertigt.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Darf ich einmal erfahren, wie die Frage lautete?

(Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:  
Ob ihm das bekannt ist!)

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Ich habe am Anfang gefragt, ob ihm das bekannt sei. Er kann die Frage mit Ja beantworten. Dann ist sie umfänglich beantwortet.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Man muss halt aufpassen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Frage ist gestellt worden, Herr Präsident!)

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Das Ganze ist mir selbstverständlich bekannt. Aber wir gehen fachlich davon aus, dass die sehr große Summe – 7 Millionen € – ausreicht. Ich verweise im Übrigen darauf, dass die EU mit Argusaugen darüber wacht, was wir in diesem Bereich tun. All dies ist von dem Fachressort ausgiebig geprüft worden. Damit ist klar: Diese Landesregierung hat schnell gehandelt und ist an der Seite der Landwirte, die von diesen Schäden betroffen sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ach Gott!)

Das Zweite, was ich ansprechen will, weil die überbetrieblichen Ausbildungsstätten ein Herzensanliegen von mir persönlich, aber auch von SPD und Grünen in ihrer langjährigen Fraktionsarbeit sind: Ich hatte am letzten Freitag ein Spitzengespräch mit Vertretern des Handwerks in Baden-Württemberg. Da haben wir genau diesen Punkt angesprochen. Wir haben auch zugesagt: Wir werden im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2012 prüfen, ob wir die Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten besser fördern können.

Aber es ist jetzt auch ein bisschen billig, 500 000 € hinüberzuschieben, sich beim Handwerk lieb Kind zu machen und dann die 560 Millionen €, die wir für die Sanierung in anderen Bereichen ausgeben wollen, abzulehnen. Das passt nun wirklich nicht zusammen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unmöglich!)

Sie sehen: Die Landesregierung geht diese schwierige Konsolidierungsaufgabe mit Augenmaß an. Sie hält sich an Recht und Gesetz. Sie hat ein wirtschaftliches Verständnis von der Finanzsituation des Landes. Sie hat sowohl die offenen Kreditmarktschulden als auch die verdeckten Schulden im Blick. Beide wollen wir abbauen, und beide werden wir weiter abbauen, wenn die Steuereinnahmen weiter sprudeln. Auch das haben wir politisch klar vereinbart.

Insofern liegt wirklich ein Nachtragshaushalt vor, der deutlich macht: Solide Finanzpolitik ist ein Markenzeichen der Landesregierung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU meldet sich.)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Hauk. Sie haben noch eine Redezeit von 26 Sekunden.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Klaus Herrmann CDU:  
Die Grünen haben drei Minuten überzogen!)

**Abg. Peter Hauk CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur wenige Bemerkungen machen.

Erstens: Herr Finanzminister, im Unterschied zu dem von Ihnen Genannten waren die Rücklagen, die wir damals eingestellt haben, nicht kreditfinanziert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Vielmehr waren es Überschüsse.

Zweitens: Sie werden trotz aller Vermischung von Kameralistik mit einer betriebswirtschaftlichen Buchführung letztlich nicht wegdiskutieren können, dass Sie diesen Staat auch im Jahr 2011 weiter in die Verschuldung führen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Drittens: Herr Ministerpräsident, Ihnen muss es zu denken geben, dass Sie als Vorkämpfer für ausgeglichene Haushalte, der Sie damals in der Föderalismuskommission noch waren, Ihren ersten Gesetzentwurf unter dem Unglücksstern eines nicht ausgeglichenen, nämlich schuldenfinanzierten Haushalts einbringen, obwohl Sie es hätten anders machen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich erteile Herrn Abg. Schmiedel für die SPD-Fraktion das Wort. Er hat noch eine Redezeit von vier Minuten und 31 Sekunden.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** So viel Zeit werde ich nicht benötigen. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens: Herr Kollege Hauk, Ihre Rücklage war kreditfinanziert. Sie haben im Jahr 2007

(Abg. Ingo Rust SPD: Richtig!)

knapp 1 Milliarde € Schulden aufgenommen, obwohl dies nicht nötig gewesen wäre.

(Abg. Ingo Rust SPD: Richtig! In die Rücklage gelegt!)

Sie haben ein Defizit hinterlassen, um es in die folgenden Jahre zu schieben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ingo Rust SPD: Richtig! So ist es! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Zweitens: Wir senken die Nettokreditaufnahme ab. Wir erhöhen sie nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Klaus Herrmann und Abg. Peter Hauk CDU: Sie erhöhen die Verschuldung!)

(Claus Schmiedel)

Drittens: Herr Kollege Herrmann, nach den von Ihnen beschriebenen sieben dünnen Jahren unter der alten Regierung kommen jetzt sieben fette Jahre, was Sanierung und Werterhaltung der Substanz des Landesvermögens angeht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Deshalb, Frau Kollegin Gurr-Hirsch, sind wir froh, dass das, was Sie unter der früheren Regierung vergeblich gefordert haben – die Sanierung der Hochschule Heilbronn

(Abg. Volker Schebesta CDU: Zusagen!)

und die Erweiterung der Mensa –, mit der neuen Regierung kommt. Wenn Sie mithelfen würden, anstatt herumzukritteln, dann ginge das alles viel schöner und reibungsloser. Deshalb machen Sie doch einfach mit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen in der Allgemeinen Aussprache vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Entwurf des

Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 2011

entscheiden. Abstimmungsgrundlage hierfür ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/340.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Einzelpläne jeweils im Ganzen aufrufe? – Das ist der Fall. Die Änderungsanträge werde ich an entsprechender Stelle aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer stimmt dem Einzelplan 01 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/340, zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/345-1 Abschnitt I Ziffer 1, vor, der begehrt, die mit der Erläuterung „neu im Zuge der Regierungsneubildung“ versehenen Stellen ohne k.w.-Vermerk zu streichen und die Erläuterungen und Veränderungsnachweise entsprechend zu berichtigen. Wer dieser Ziffer 1 des Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? –

(Abg. Volker Schebesta CDU zu Grünen und SPD: Das ist ein guter Antrag! Sie hätten ruhig mitstimmen können!)

Wer enthält sich? – Somit ist Abschnitt I Ziffer 1 des Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 02 in der Fassung des Nachtrags. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/345-2, zu Kapitel 0314 – Landespolizei. Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Ziffern 1 bis 3 dieses Änderungsantrags gemeinsam zur Abstimmung stelle? – Dagegen regt sich kein Widerspruch.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wieder ein guter Antrag!)

Wer ist dagegen? –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Oh, Zerrissenheit bei der FDP/DVP!)

Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 03 in der Fassung des Nachtrags. Wer dem Einzelplan 03 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Hierzu gibt es den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/345-1 Abschnitt II, der begehrt, den Stellenplan um sechs Personalstellen zurückzuführen. Wer Abschnitt II dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II des Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 04 in der Fassung des Nachtrags. Wer dem Einzelplan 04 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Einzelplan 04 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Justizministerium

Wer stimmt dem Einzelplan 05 in der Fassung des Nachtrags zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist einstimmig so zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 06 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft – in der Fassung des Nachtrags. Wer dem Einzelplan 06 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Einzelplan 06 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

Wer stimmt dem Einzelplan 07 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/340, zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist es mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Zu Kapitel 0801 – Ministerium – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/345-1 Abschnitt I Ziffer 2, vor, der begehrt, die mit der Erläuterung „neu im Zuge der Regierungsneubildung“ versehenen Stellen ohne k.w.-Vermerk zu streichen und die Erläuterungen und Veränderungsnachweise entsprechend zu berichtigen. Wer dieser Ziffer 2 von Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Ziffer 2 mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 0802 – Allgemeine Bewilligungen – und zu Kapitel 0806 – Vermessung und Flurneuordnung – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/345-3, vor. Sie sind damit einverstanden, dass ich die Abstimmung über die Ziffer 1 – sie betrifft das Kapitel 0802 – und über die Ziffer 2 – sie betrifft das Kapitel 0806 – zusammenfasse.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ja!)

Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Einzelplan 08 in der Fassung des Nachtrags abstimmen. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Einzelplan 08 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Wer stimmt dem Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Einzelplan mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/345-4, zu Kapitel 1004 – Straßenbau. Sie sind damit einverstanden, dass ich die Ziffern 1 bis 3 gemeinsam zur Abstimmung stelle.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ja!)

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/345-4, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt dem Einzelplan 10 in der Fassung des Nachtrags zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Diesem Einzelplan ist, wie ich gesehen habe, einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/345-5, mit Ziffer 1 zu Kapitel 1206 – Schulden und Bewilligungen – und Ziffer 2 zu Kapitel 1212 – Sammelansätze. Sie sind damit einverstanden, dass ich die Ziffern 1 und 2 gemeinsam zur Abstimmung stelle.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ja!)

Wer den Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/345-5, zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die Ziffern 1 und 2 dieses Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft abstimmen. Wer dem Einzelplan 12 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 13

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/345-1 Abschnitt I Ziffer 3, vor, der begehrt, die mit der Erläuterung „neu im Zuge der Regierungsneubildung“ versehenen Stellen ohne k.w.-Vermerk zu streichen und die Erläuterungen und Veränderungsnachweise entsprechend zu berichtigen. Wer dieser Ziffer 3 von Abschnitt I des Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 3 dieses Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 13 in der Fassung des Nachtrags abstimmen. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist es mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer stimmt dem Einzelplan 14 in der Fassung des Nachtrags zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 15

Ministerium für Integration

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/345-1 Abschnitt I Ziffer 4, vor, der begehrt, die mit der Erläuterung „neu im Zuge der Regierungsneubildung“ versehenen Stellen ohne k.w.-Vermerk zu streichen und die Erläuterungen und Veränderungsnachweise entsprechend zu berichtigen. Wer stimmt Ziffer 4 von Abschnitt I dieses Änderungsantrags zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Einzelplan 15 in der Fassung des Nachtrags abstimmen. Wer stimmt dem Einzelplan 15 so zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun in der Zweiten Beratung zur *E i n z e l a b s t i m m u n g* über den Gesetzentwurf der Landesregierung:

Gesetz über die Feststellung eines Vierten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/341 Abschnitt I. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf in der Fassung von Abschnitt I der Drucksache 15/341 zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 2 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 3 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 4 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 5 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/345-5 Ziffer 3, und den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/347.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/345-5 Ziffer 3, zu § 6 Abs. 1 des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer der Ziffer 3 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 3 des Änderungsantrags Drucksache 15/345-5 mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/347, mit dem die Einfügung eines neuen Absatzes 1 a begehrt wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer § 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 6 mehrheitlich so zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 7

Wer stimmt dem zu? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 8

Wer stimmt dem zu? – Einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zur *D r i t t e n B e r a t u n g*. Abstimmungsgrundlage sind die soeben in Zweiter Beratung gefassten Beschlüsse zu den Drucksachen 15/340 und 15/341.

Ich rufe zunächst wieder den Entwurf des

Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 2011 der Landesregierung

auf, und zwar beginnend mit

Einzelplan 01

Landtag

Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Einzelplan 01 einstimmig zugestimmt.



(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich?  
– Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –  
Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultur, Jugend und Sport

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –  
Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Justizministerium

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ein-  
stimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –  
Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –  
Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucher-  
schutz

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –  
Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie,  
Frauen und Senioren

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Da-  
mit ist dem Einzelplan 09 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirt-  
schaft

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ein-  
stimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Da-  
mit ist dem Einzelplan 12 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 13

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Da-  
mit ist dem Einzelplan 13 mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ganz zögerliche Zustim-  
mung bei der SPD!)

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Da-  
mit ist dem Einzelplan 14 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 15

Ministerium für Integration

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –  
Mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen in der Dritten Beratung zur **E i n z e l a b -**  
**s t i m m u n g** über den Entwurf des Nachtragsgesetzes der  
Landesregierung:

Gesetz über die Feststellung eines Vierten Nachtrags  
zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für  
das Haushaltsjahr 2011

Abstimmungsgrundlage sind die hierfür soeben in Zweiter Be-  
ratung gefassten Beschlüsse.

Ich rufe auf

§ 1

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –  
Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ein-  
stimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

§ 3

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 7

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 8

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 27. Juli 2011 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Vierten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen jetzt zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? –

(Zuruf von der CDU: Das war eindeutig die Mehrheit! – Heiterkeit)

Wer enthält sich? – Dem Gesetzentwurf wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache

15/341, zum Bericht der Landesregierung zum Kassenssturz, Drucksache 15/155, abzustimmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – Wer ist dagegen? –

(Zurufe von der CDU: Wir nehmen Kenntnis! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Man kann das nicht ablehnen! Es geht um Kenntnisnahme!)

– Nein, darüber ist abzustimmen. – Der Beschlussempfehlung wurde zugestimmt.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Herstellung des Einvernehmens zur Berufung von sieben sachverständigen Persönlichkeiten in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung**

Meine Damen und Herren, nach § 4 Abs. 3 der Bekanntmachung der Landesregierung über die Errichtung einer Landeszentrale für politische Bildung beruft der Ministerpräsident im Einvernehmen mit dem Landtag aus Vorschlagslisten der Träger der politischen Bildungsarbeit sieben sachverständige Persönlichkeiten für die Dauer einer Legislaturperiode in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung.

Mit Schreiben vom 5. Juli 2011, das den Fraktionen zugeleitet wurde und Ihnen vervielfältigt vorliegt, hat Herr Staatssekretär Murawski um das Einvernehmen zur Berufung folgender sachverständiger Persönlichkeiten für die Dauer der 15. Legislaturperiode gebeten: Herr Günter Busch, Stuttgart, Herr Georg Hiller, Blaubeuren, Herr Dr. Hermann Huba, Leinfelden-Echterdingen, Herr Reinhard Kafka, Calw, Herr Stefan Küpper, Stuttgart, Frau Doro Moritz, Stuttgart, Frau Kerstin Sommer, Karlsruhe.

Wer der von Herrn Ministerpräsident Kretschmann beabsichtigten Berufung der vorgeschlagenen sieben Personen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei vielen Enthaltungen ist es mehrheitlich so beschlossen.

Damit, meine Damen und Herren, hat das Haus der Berufung der genannten Persönlichkeiten in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung zugestimmt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 3. März 2011 – Bericht der Landesregierung nach § 6 Abs. 1 des Auszeichnungsgesetzes (AuszG) – Drucksachen 14/7680, 15/261**

**Berichterstatter: Abg. Hans-Ulrich Sckerl**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ständigen Ausschuss zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe nun die **Punkte 6 bis 21** der Tagesordnung auf; dabei geht es um Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

**Punkt 6:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2011 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2011 (mit Fortschreibung bis 2014) – Drucksachen 15/172, 15/343

Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler

**Punkt 7:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 26. November 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 24: Förderung der Landesbühnen – Drucksachen 14/7256, 15/229

Berichterstatter: Abg. Peter Hofelich

**Punkt 8:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. November 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2004 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2002 – Beitrag Nr. 5: Einheitliches Personalverwaltungssystem und Führungsinformationssystem Personal – Drucksachen 14/7255, 15/230

Berichterstatter: Abg. Manfred Hollenbach

**Punkt 9:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. Dezember 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 22: Verkauf von Landesimmobilien – Drucksachen 14/7359, 15/231

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

**Punkt 10:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Dezember 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 – Beitrag Nr. 10: Datenverarbeitung der Polizei – Drucksachen 14/7305, 15/232

Berichterstatter: Abg. Manfred Hollenbach

**Punkt 11:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Dezember 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 7: Umsetzung und Finanzierung des Generalverkehrsplans – Drucksachen 14/7358, 15/233

Berichterstatterin: Abg. Tanja Gönner

**Punkt 12:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Dezember 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 5: Einstellung und Versetzung von Beamten nach Vollendung des 40. Lebensjahres – Drucksachen 14/7306, 15/234

Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler

**Punkt 13:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Dezember 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 27: Staatliche Kunsthalle Baden-Baden – Drucksachen 14/7360, 15/235

Berichterstatter: Abg. Peter Hofelich

**Punkt 14:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Dezember 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 17: Personalunterkünfte der Zentren für Psychiatrie – Drucksachen 14/7401, 15/236

Berichterstatter: Abg. Hans-Peter Storz

**Punkt 15:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. Dezember 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 – Beitrag Nr. 27: Bibliotheksservice-Zentrum Baden-Württemberg – Drucksachen 14/7399, 15/237

Berichterstatter: Abg. Peter Hofelich

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

**Punkt 16:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. Dezember 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 20: Steuervorteile bei Gebäuden in Sanierungsgebieten – Drucksachen 14/7402, 15/238**

**Berichterstatter:** Abg. Klaus Herrmann

**Punkt 17:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. Dezember 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 6: Förderung von Verkehrsverbänden – Drucksachen 14/7408, 15/239**

**Berichterstatterin:** Abg. Tanja Gönner

**Punkt 18:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Januar 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 16: Zuwendungen für Erhalt und Pflege von Kulturdenkmalen – Drucksachen 14/7475, 15/240**

**Berichterstatter:** Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke

**Punkt 19:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. März 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 23: Abfallwirtschaft an den Universitäten – Drucksachen 14/7683, 15/241**

**Berichterstatter:** Abg. Tobias Wald

**Punkt 20:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Dezember 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 22. Oktober 2009 zu Ansätzen für ein optimiertes Erhaltungsmanagement bei Landesstraßen – Drucksachen 14/7350, 15/242**

**Berichterstatterin:** Abg. Tanja Gönner

**Punkt 21:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. Juni 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs „BKV – Bäder- und Kurverwaltung Baden-Württemberg und ihre Beteiligungen an Bäder- und Kurunternehmen“ – Drucksachen 15/93, 15/342**

**Berichterstatter:** Abg. Joachim Kößler

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen diesen Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu. – Es ist so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste reguläre Plenarsitzung findet am Mittwoch, 28. September 2011, um 15:00 Uhr statt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Glauben Sie das wirklich? – Vereinzelt Heiterkeit)

Gegebenenfalls wird vor diesem Termin noch eine zusätzliche Plenarsitzung anberaumt, um auf Wunsch der Landesregierung die Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Anhörung wird so eindeutig sein, dass man das nicht brauchen wird!)

Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 – vorzuziehen. Der Termin für die von der Landesregierung beantragte zusätzliche Plenarsitzung, der derzeit zwischen der Regierung und den Fraktionen abgestimmt wird, wird Ihnen baldmöglichst mitgeteilt.

(Zuruf von der CDU: Die ist unnötig!)

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen schöne und erholsame Ferien.

Bevor ich die Sitzung schließe, gebe ich noch bekannt, dass die Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau im Anschluss an die Plenarsitzung unten in der Eingangshalle ein Biobuffet aus heimischen Ökoprodukten anbietet. Die Vertreter des Ökolandbaus möchten die Abgeordneten von der Qualität der hier erzeugten Bioprodukte überzeugen. An der Aktion beteiligen sich Erzeuger und Verarbeiter aller in Baden-Württemberg tätigen Ökoanbauverbände: Bioland, Demeter, Ecoland, Ecovin und Naturland.

Die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur wird auf 13:30 Uhr einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 13:14 Uhr**